



WASSER QUELLE VON KONFLIKTEN

IN ACTION
Zürich Pride 2022

TÜRKEI
Drecksarbeit für Europa

RUSSLAND
Putins musikalischer Gegner

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



~~HMM~~
~~WEISS NICHT~~
NUR JA
~~VIELLEICHT~~
~~WART~~
HEISST JA

Sex ohne Zustimmung ist eine Vergewaltigung.



Impressum: AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, Nr. 110, Juni 2022. **Redaktion:** Manuela Reimann Graf (mre), Natalie Wenger (nwe). **Mitarbeiter*innen dieser Nummer:** Jean-Marie Banderet, Julie Bernet, Boris Bögli, Didier Burkhalter, Emre Çaylak, Nicole Graaf, Cyrielle Huguenot, Ralf Kaminski, Michael Lenz, Tigran Petrosyan, Olalla Piñeiro Trigo, Jasmin Sarwoko, Lea Schlunegger. **Gestaltung:** www.muellerluetolf.ch. **Druck:** Stämpfli AG, Bern. Auf nachhaltig produziertem Papier gedruckt, Schutzhülle überwiegend aus nachwachsenden Rohstoffabfällen hergestellt. **Die Mitgliederzeitschrift AMNESTY** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Sie kann als E-Paper unter issuu.com/magazin-amnesty-schweiz gelesen werden. **Redaktionsschluss** der nächsten Nummer: 24. Juni 2022. **Distribution:** AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8, IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8). **Redaktionsadresse:** Magazin AMNESTY, Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel. 031 307 22 22, E-Mail: redaktion@amnesty.ch. **Auflage:** 84 000 (dt.).

www.amnesty.ch

 facebook.com/amnesty.schweiz

 twitter.com/amnesty_schweiz

 www.instagram.com/amnesty_switzerland

International: www.amnesty.org

EDITORIAL



Es waren erste heisse Tage, an denen wir die Arbeit an diesem Magazin abschlossen. Wir griffen oft zur Trinkflasche; ohne Umstände konnten wir sie am Wasserhahn nachfüllen. Niemand musste kilometerweit marschieren, um für Nachschub zu sorgen. Wir wissen, dass dies in vielen Ländern anders ist. Und es werden

immer mehr Regionen auf der Welt, in denen diese lebenswichtige Ressource aufgrund von Klimawandel, Verschmutzung und Bevölkerungswachstum knapp wird.

«Die Kriege der Zukunft werden um Wasser geführt», sagte der spätere Uno-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali 1985. Diese Aussage hat sich als verkürzt erwiesen; rein wegen des Wassers

wurden keine Kriege geführt. Doch führte und führt der Kampf ums Wasser zu Konflikten und Menschenrechtsverletzungen: Für den Bau von Dämmen werden Anwohner*innen vertrieben; Streit mit den Anrainerstaaten wird in Kauf genommen. Flüsse, Seen und Grundwasser werden für den schnellen Profit verschmutzt, den Menschen wird so die Lebensgrundlage entzogen. Behörden versagen bei der Instandhaltung der Infrastruktur, wodurch Wasser zum Gesundheitsrisiko wird. Von solchen Problemen und dem Engagement der Betroffenen gegen die Beschränkung ihres Menschenrechts auf Wasser erzählt dieses Magazin.

Mit der Klimakrise könnte Wasser auch bei uns rarer werden. Die Selbstverständlichkeit, dass immer genug sauberes Wasser aus dem Hahn fliesst, ist dann vielleicht keine mehr. Auch wir sollten Sorge tragen zu diesem wertvollen Gut.

Manuela Reimann Graf, verantwortliche Redaktorin

AKTUELL

Good News	4
Nachrichten	6
Aktuell im Bild	8
Brennpunkt	9
Asylpolitik mit zweierlei Mass	

DOSSIER

Wasser – Quelle von Konflikten

Gefährdetes Menschenrecht	10
«Wir müssen von Wasserkonflikten zu Kooperation übergehen»	12
Interview mit dem Wasserexperten Peter Gleick.	
Mit Wasserproben gegen Korruption	14
In Südafrika engagieren sich Menschen für sauberes Trinkwasser und gegen käufliche Behörden.	
Der Kapitän des Cahabón	16
Der Umweltaktivist Bernardo Caal Xol ist endlich frei. Den Kampf für seinen Fluss gibt er nicht auf.	
Besetztes Wasser	18
In den von Israel besetzten Gebieten ist der Zugang zum Wasser ungleich verteilt.	
Das dreifache Leid des Mekong	20
Hunderte Staudämme zerstören den Fluss – und damit die Lebensgrundlage der Bevölkerung.	
Wenn Wasser zu Gift wird	22
Die Menschen im amerikanischen Flint leiden bis heute an den Folgen von Gift im Wasser – die Behörden versagten.	

THEMA

Türkei	24
Schmutziger Müll, schmutzige Jobs	
Ukraine	28
Kriegsverbrechen auf der Spur	
Russland	30
Putin rockt nicht	

KULTUR

Kinderbücher	32
«Du hast Rechte!»	
Buch	33
Der letzte Syrer	
Ausstellung	34
«Uns reicht's!»	

CARTE BLANCHE

Didier Burkhalter	35
Qualitäten des Herzens	

IN ACTION

Zürich Pride	37
Trans Rechte im Fokus	
Sexualisierte Gewalt	38
Sex ohne Zustimmung ist eine Vergewaltigung	
Mit Petition	
Aktion für Amnesty	39
Ungerechtigkeiten überfliegen	



RAIF BADAWI IST FREI

In **Saudi-Arabien** wurde der 38-jährige Raif Badawi Mitte Mai endlich freigelassen. Er war wegen «Beleidigung des Islam» zu zehn Jahren Gefängnis und zu 50 wöchentlichen Stockhieben verurteilt worden. Raif Badawis Verurteilung hatte weltweit für Entsetzen gesorgt und eine internationale Kampagne ausgelöst. Auch Tausende Amnesty-Aktivist*innen engagierten sich für den Menschenrechtsverteidiger. Raif Badawi ist nun zwar frei, aber es ist nicht klar, ob er zu seiner Frau und seinen Kindern nach Kanada reisen kann, weil die saudische Regierung ein Reiseverbot für ihn verhängt hat. Mit dem Hashtag #LiftRaifTravelBan soll nun Druck auf das wahabitische Königreich gemacht werden: Die neue Kampagne dokumentiert Fälle von saudi-arabischen Menschenrechtsverteidiger*innen, gegen die ebenfalls ein Reiseverbot verhängt wurde, nachdem sie ihre Strafe abgesessen hatten.



ERSTE SCHWARZE RICHTERIN AM US SUPREME COURT

233 Jahre hat es gedauert, bis die erste Schwarze Frau als Richterin ans Oberste Gericht der **Vereinigten Staaten von Amerika** gewählt wurde. Der US-Senat bestätigte Anfang April die Ernennung von Ketanji Brown Jackson. Die von Joe Biden nominierte 51-jährige demokratische Richterin erhielt die Stimmen von allen demokratischen und von drei republikanischen Abgeordneten. Damit wird sich nichts an den Machtverhältnissen in diesem von Konservativen dominierten Gremium ändern, das in seiner Geschichte nicht gerade vor Vielfalt strotzte: Unter den bisher 115 Richter*innen gab es nur fünf Frauen und nur zwei Schwarze Männer.

FORTSCHRITTE FÜR FRAUENRECHTE IN LATEINAMERIKA

Am 15. März machte der Kongress in **Guatemala** einen umstrittenen Erlass rückgängig, der die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen verschärft hätte. Das neue Abtreibungsrecht sah unter anderem drastische Strafen vor und hätte auch bei Fehlgeburten Anwendung gefunden. Das Parlament, das von den Konservativen um Präsident Alejandro Giammattei beherrscht wird, verabschiedete das «Gesetz zum



Schutz des Lebens und der Familie» nach jahrelangen Debatten ausgerechnet am Internationalen Frauentag. Dieser Beschluss löste in Guatemala breite Proteste und auf internationaler Ebene heftige Kritik aus. Der Kongress gab schliesslich bekannt, dass das Gesetzgebungsverfahren ausgesetzt werde.

Bereits im Februar hat das Verfassungsgericht **Kolumbiens** die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in den ersten 24 Schwangerschaftswochen beschlossen. Bisher war dies nur in bestimmten Fällen erlaubt, zum Beispiel nach einer Vergewaltigung. Mit dieser Entscheidung wird Kolumbien zum sechsten Land in Lateinamerika, das den Schwangerschaftsabbruch entkriminalisiert. Vergangenen September hat **Mexiko** Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisiert, in Argentinien machte der Kongress diesen Schritt Ende 2020. In **Uruguay, Kuba** und **Guyana** ist ein Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Woche bereits gesetzlich erlaubt.



© Raui Aboladea/Kontributor

Grüne Tücher sind zum Symbol geworden: Kolumbianische Aktivist*innen freuen sich in Bogota über den Entscheid des Kongresses.

Homosexuelle Männer – wie dieses südkoreanische Paar – werden durch die Armee diskriminiert.



© JUNG YEON-JE/AFP via Getty Image

VERURTEILUNG SCHWULER SOLDATEN AUFGEHOBEN

Nach der Verurteilung zweier Soldaten wegen homosexueller Handlungen durch ein Militärgericht in **Südkorea** hat das Oberste Gericht des Landes das Urteil nun aufgehoben. Die Männer hätten einvernehmlichen Sex ausserhalb der militärischen Unterkünfte an einem privaten Ort gehabt, teilte das Oberste Gericht mit. Es führte weiter aus, dass die Kriminalisierung dieser Handlungen das Recht der Soldaten auf sexuelle Selbstbestimmung verletzen und ihr Recht auf Nichtdiskriminierung missachten würde. Das südkoreanische Verfassungsgericht prüft derzeit zum vierten Mal, ob die Kriminalisierung gleichgeschlechtlicher sexueller Handlungen von Militärangehörigen gegen die Verfassung verstösst.



BLUTSPENDEN FÜR ALLE MÖGLICH

Seit dem 16. März 2022 können in **Frankreich** auch homo- und bisexuelle Männer wieder uneingeschränkt Blut spenden. Bis 2016 durften sie aufgrund von Vorurteilen über Homosexualität und über die Übertragung von HIV überhaupt nicht Blut spenden, danach galt eine Vorschrift, wonach sie zuvor mindestens vier Monate keinen Sex mehr gehabt haben durften. Sexuell Aktive mussten einen Fragebogen zu ihren Intimpartner*innen ausfüllen.

«Wir beenden eine Ungerechtigkeit, die nicht mehr zu rechtfertigen war», hatte Gesundheitsminister Olivier Véran im Januar auf Twitter erklärt, nachdem die Regeländerung beschlossen worden war. Die sexuelle Orientierung wird bei Blutspenden nun überhaupt nicht mehr erfasst. In der Schweiz ist das Blutspenden für schwule Männer zwar seit 2017 erlaubt, es gilt aber weiterhin eine zwölfmonatige Abstinenzfrist. Im März 2021 wurde eine parlamentarische Interpellation eingereicht, die verlangt, die Situation neu zu bewerten. Auch in anderen Ländern wurden in den vergangenen Monaten diskriminierende Regelungen gestrichen, so in Deutschland, Israel und Griechenland.

Er drohte hingerichtet zu werden. Nun ist Magai Matiop Ngong endlich frei.



GESETZ GEGEN TRANS MENSCHEN FÜR VERFASSUNGSWIDRIG ERKLÄRT

In **Kuwait** wurde das Gesetz, das die «Nachahmung des anderen Geschlechts» unter Strafe stellt, als verfassungswidrig eingestuft. Nach Ansicht der Justiz verletze es das Recht auf «persönliche Freiheit». Diese Entscheidung ist ein Echo auf den

Fall von Maha al-Mutairi: Die trans Frau war im Oktober 2021 zu zwei Jahren Haft und einer Geldstrafe von 1000 Dinar (ca. 3200 Schweizer Franken) verurteilt worden. In der Vergangenheit war sie mehrfach aufgrund ihrer Identität festgenommen worden und war Gewalt und Missbrauch durch die Polizei ausgesetzt. Sie ist bei weitem kein Einzelfall: Mehrere trans Menschen sind im Königreich weiterhin inhaftiert.

ZUM TODE VERURTEILTER FREIGELASSEN

Magai Matiop Ngong wurde am 22. März 2022 im **Südsudan** aus der Haft entlassen. Magai Matiop Ngong war ein 15-jähriger Sekundarschüler, als er am 14. November 2017 wegen eines Mordes, von dem er sagt, es sei ein Unfall gewesen, zum Tod durch den Strang verurteilt wurde. Er verbrachte zwei Jahre und acht Monate im Todesstrafe – zwei Jahre und einen Monat davon als Minderjähriger. Mehr als 765 000 Menschen auf der ganzen Welt forderten im Rahmen des Amnesty-Briefmarathons, das Todesurteil aufzuheben. Mit Erfolg.

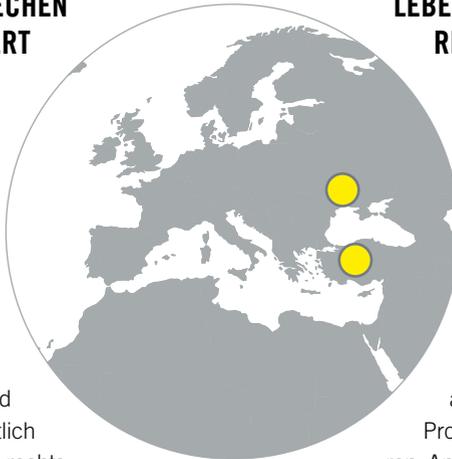


© A.P. Photo/Vadim Ghirda

Die traumatisierte 99-jährige Motria Oleksienko überlebte in Andrijiwka in einem Schutzraum ohne Heizung.

ZAHLEICHE KRIEGSVERBRECHEN DOKUMENTIERT

UKRAINE Am 6. Mai stellte Amnesty International einen Bericht zum Krieg in der Ukraine vor, der rechtswidrige Luftangriffe sowie aussergerichtliche Hinrichtungen in Städten und Dörfern, darunter Butscha, Andrijiwka, Zdyvzhivka und Worsel dokumentiert. Während zwölf Tagen hatten die Mitarbeiter*innen von Amnesty International Einwohner*innen mehrerer Städte befragt und Orte besucht, an denen zahlreiche Tötungen stattgefunden hatten. In Butscha und mehreren anderen Städten und Dörfern nordwestlich von Kiew musste Amnesty International 22 Fälle rechtswidriger Tötungen durch russische Streitkräfte registrieren – dabei handelt es sich mutmasslich grösstenteils um aussergerichtliche Hinrichtungen. In Borodjanka wurden mindestens 40 Zivilpersonen bei unverhältnismässigen und wahllosen Angriffen getötet, ein ganzes Wohnviertel wurde verwüstet und Tausende Menschen wurden obdachlos gemacht. «Die Verbrechen der russischen Streitkräfte umfassen sowohl rechtswidrige Angriffe als auch vorsätzliche Tötungen von Zivilpersonen. Wir haben Familien getroffen, deren Angehörige bei den grausamen Angriffen getötet wurden und deren Leben durch die russische Invasion für immer gezeichnet sein wird», sagte Amnesty-Generalsekretärin Agnes Callamard nach einem Besuch in der Region, bei dem sie Überlebende und Familien von Opfern sowie ukrainische Behördenvertreter*innen getroffen hatte.



LEBENSBLANGE HAFT FÜR OSMAN KAVALA: REINSTE WILLKÜR

TÜRKEI In einem politisch motivierten Prozess wurde der Kulturförderer und Menschenrechtsaktivist Osman Kavala am 26. April in Istanbul wegen angeblichen versuchten Staatsumsturzes zu «erschwerter lebenslanger Haft» verurteilt. Die türkische Justiz geht seit Jahren vollkommen willkürlich gegen den Menschenrechtsverteidiger vor. Im Sommer 2013 wurde Kavala als angeblicher Verantwortlicher für die Gezi-Proteste angeklagt. Nachdem er in diesem Verfahren Anfang 2020 freigesprochen worden war, erhob die Staatsanwaltschaft eine neue Anklage wegen angeblicher Beteiligung an dem Putschversuch von 2016 und wegen Spionage.

Mehr zur Recherchearbeit von Amnesty International lesen Sie auf Seite 28.



AUSNAHMEZUSTAND VERLETZT MENSCHENRECHTE

EL SALVADOR Am 27. März 2022 verhängte das Parlament von El Salvador den Ausnahmezustand, nachdem es zu einer Serie von brutalen Morden durch kriminelle Gangs gekommen war. Seitdem seien Berichten zufolge mehr als 25 000 Menschen verhaftet worden; es gab auch Hinweise über Misshandlungen und den Tod von Gefangenen in Haft. Im Rahmen des Ausnahmezustands wurden Rechtsreformen durchgeführt, die gegen internationale Standards verstossen. So wird unter anderem das Recht auf Rechtsbeistand nicht mehr gewährt und über die Gründe für eine Inhaftierung muss nicht mehr informiert werden. Personen können auch in Abwesenheit verurteilt werden. Ausserdem wurden Haftstrafen für Minderjährige zwischen 12 und 16 Jahren bei Bandenkriminalität eingeführt. Journalist*innen können inhaftiert werden, nur weil sie über Bandenaktivitäten berichten.

DIE POLITIK MUSS ENTSCHEIDEN

SCHWEIZ Das Bundesgericht bestätigte den Freispruch eines Genfers vom Vorwurf der Vergewaltigung, der zuvor vom Genfer Kantonsgericht freigesprochen worden war. Das Bundesgericht hielt fest, dass das geltende Sexualstrafrecht nicht alle Situationen sexualisierter Gewalt abdeckt. Momentan reicht fehlende Zustimmung nicht für den Tatbestand der Vergewaltigung. Die Klägerin hatte mit der Istanbul-Konvention argumentiert und nahm Bezug auf das Zustimmungsprinzip «Nur Ja heisst Ja». Ob dieses Prinzip anwendbar sei, müsse das Parlament klären, meinte das Bundesgericht in einem Urteil vom 11. Mai. Amnesty International und weitere Organisationen und Parteien fordern für die geplante Sexualstrafrechtsrevision die Einführung des Zustimmungsprinzips. *Mehr dazu auf Seite 38.*



ETHNISCHE SÄUBERUNGEN

ÄTHIOPIEN Human Rights Watch und Amnesty International kommen gemeinsam zum Schluss: Sicherheitskräfte der Region Amhara und deren Verbündete haben ab Ende 2020 eine ethnische Säuberungskampagne gegen die tigrayische Zivilbevölkerung im Westen der Tigray vorangetrieben, die zur Vertreibung Hunderttausender Menschen führte. Die Tötungen, Vergewaltigungen, Massenfestnahmen und Zwangsumsiedlungen kommen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleich, urteilen die beiden Organisationen. All dies geschah mit Billigung und unter möglicher Beteiligung der nationalen äthiopischen Streitkräfte. Während 15 Monaten hatten Forscher*innen der beiden Organisationen mehr als 400 Opfer und Zeug*innen befragt. Ausserdem wurden Satellitenbilder, Fotos und Videos analysiert. Medizinische Dokumente bestätigten die Berichte über schwere Misshandlungen.

IN EIGENER SACHE

Und? Gefällts?

Liebe Leser*innen

Ist Ihnen auf dieser Doppelseite des Magazins etwas aufgefallen? Oder vielleicht sogar schon auf den Seiten davor? Treue Leser*innen haben bestimmt sofort gesehen, dass insbesondere die «Good News» und diese Seiten mit den Nachrichten anders aussehen: Diese grafischen Veränderungen sollen Ihnen die Lektüre erleichtern, indem sie mit Icons und Karten die Kurztexte verorten.

Als Redaktion sind wir laufend bestrebt, unser Magazin attraktiv und anregend zu gestalten. Und das nicht nur auf dem Papier. Wir sind dabei, auch den Auftritt des Magazins auf unserer Website zu modernisieren. Seien Sie gespannt und schauen Sie rein unter: amnesty.ch/magazin

Es freut uns, wenn Sie uns Feedback geben – auf diese Neuerungen, aber sehr gerne auch auf das Magazin insgesamt! Was wünschen Sie sich, welche Themen fehlen Ihnen? Ihre Meinung interessiert uns!

Schreiben Sie uns auf redaktion@amnesty.ch oder per Brief an Amnesty International Schweiz, Redaktion Magazin, Postfach, 3001 Bern.

JETZT ONLINE

■ **Amnesty Talks:** Unsere Podcast-Serie «Amnesty Talks» auf Spotify ist um einige Beiträge reicher: In der Ausgabe vom März sprach die ukrainische Historikerin und Aktivistin Olha Martynyuk mit uns über ihr Land und ihre Flucht. Amnesty-Schweiz-Geschäftsführerin Alexandra Karle berichtete im Mai über unsere Arbeit und unsere laufenden Kampagnen. Im Sommer wird sich dann die nächste Ausgabe dem Thema Überwachung widmen. Hören Sie rein!

■ **Let's talk about consent:** In dieser Talkshow diskutieren sieben Männer über sexualisierte Gewalt und Zustimmung beim Sex und über die konsensbasierte Revision des Sexualstrafrechts. Schauen Sie sich das spannende Gespräch, das im Rahmen unserer Kampagne «Nur Ja heisst Ja» aufgezeichnet wurde, an.

Jetzt online unter:
www.amnesty.ch/magazin-juni22



AKTUELL _ IM BILD

Nach der Machtübernahme in **Afghanistan** im vergangenen Jahr hatten die Taliban noch versprochen, dass sie die Rechte der Frauen respektieren würden. Doch wurden seither die Freiheiten der Frauen und Mädchen bereits massiv beschnitten. So wurde es Mädchen verboten, höhere Schulstufen zu besuchen. Frauen dürfen nicht mehr allein reisen. Auf gewissen Plätzen, beispielsweise in öffentlichen Parks, dürfen sie sich nur aufhalten, wenn Männer dort keinen Zutritt haben. Anfang Mai wurde schliesslich ein Dekret erlassen, das Frauen in Afghanistan wieder unter die Burka zwingt: Das Ministerium für Sitte und Tugend verlangt von Frauen, diese Ganzkörperverschleierung in der Öffentlichkeit zu tragen, «da dies traditionell und respektvoll ist», wie der Taliban-Chef Hibatullah Achundsada erklärte. Doch viele Frauen wollen dies nicht einfach so hinnehmen. Mutig protestieren sie gegen den Erlass und gehen dabei grosse Risiken ein.

ASYLPOLITIK MIT ZWEIERLEI MASS

Lea Schlunegger, Juristin und Menschenrechtsexpertin im Bereich Asyl bei Amnesty Schweiz

Der Krieg in der Ukraine hat nach Schätzungen, die Ende April von den Vereinten Nationen veröffentlicht wurden, mehr als fünf Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Angesichts der ernststen Lage hat Europa mehrere Massnahmen ergriffen, um die Aufnahme dieser Menschen zu erleichtern. Auch die Schweiz zeigt sich solidarisch: Bis Ende Mai hat sie knapp 50 000 Menschen aufgenommen, die vor den russischen Bomben geflohen sind.

Erstmals wurde der besondere Schutzstatus S aktiviert. Das Verfahren ist schnell und unbürokratisch, und es müssen keine individuellen Verfolgungsgründe geltend gemacht werden. Personen mit S-Status dürfen sofort arbeiten; sie können in einem beliebigen Kanton bei Gastfamilien oder in einer privaten Unterkunft wohnen und ihre Familien umgehend nachholen. Im Gegensatz zu anderen Asylsuchenden müssen sie bei der Einreise nicht alles Geld und mitgebrachte Gegenstände mit einem Wert von über 1000 Franken abgeben. Bis Ende Mai dürfen Menschen aus der Ukraine dank diesem Status gratis den ÖV benutzen und erhalten SIM-Karten und Flatrates, um mit Familienmitgliedern im Ausland in Kontakt zu bleiben. Studierende ukrainischer Universitäten können an Schweizer Universitäten wechseln, müssen keine Gebühren zahlen und erhalten Stipendien.

Die Zivilbevölkerung fordert schon seit Jahren, dass Geflüchtete diese Rechte erhalten. Gibt es nun endlich den politischen Willen für eine solidarische und menschenwürdige Asylpolitik?

Bis Februar 2022 setzte die Migrationspolitik der EU-Mitgliedstaaten auf Abschottung, Abwehr und Abschreckung. Geflüchtete aus Afghanistan, Syrien oder dem Irak waren mitten im Winter in die Wälder von Weissrussland zurückgeschickt worden, wobei einige von ihnen vor unseren Augen erfroren und verhungerten. Im Mittelmeer werden überfüllte Boote von den verschiedenen Grenzschutzorganisationen gestoppt und in liby-

sche Gewässer zurückgeschickt, wo man sie ihrem Schicksal überlässt. Gemäss dem Staatssekretariat für Migration (SEM) ist die Schweiz kein primäres Zielland mehr, sondern ist zu einem Transitort geworden. Der Rückgang der Asylgesuche ist auf die mangelnde Attraktivität der Schweiz zurückzuführen, die auch durch eine restriktive Asylpolitik aufrechterhalten wird. Rigorose Anwendung der Dublin-Verordnung, unsicherer Status mit eingeschränkten Rechten für F-Bewilligungen, schnelle Asylverfahren mit vorwiegend negativem Entscheid für Personen aus dem Balkan und vielen afrikanischen Ländern... Der Bund hat alles getan, um Asylbewerber*innen zu entmutigen.

In diesem Kontext erstaunt viele Leute die unkomplizierte Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine. Viele fragen sich, weshalb diese für andere Schutzsuchende nicht gilt.

Ob Geflüchtete willkommen sind, hängt von verschiedenen Faktoren ab, beispielsweise von der Art des Konflikts, davon, vor wem sie fliehen, woher sie kommen oder wie bekannt die Bedrohungslage ist. Aus Sicht einer geflüchteten Person spielt es aber keine Rolle, ob der Krieg, vor dem sie flieht, ein Angriffskrieg, ein Bürgerkrieg oder eine allgemeine Situation von Gewalt ist – die Gefahr für Leib und Leben ist dieselbe. Die Geflüchteten brauchen Schutz, Unterkunft und eine Perspektive, solange sie nicht zurückkehren können. Das gilt für alle, die vor Krieg und Gewalt fliehen. Die aktuellen Entwicklungen zeigen uns, dass eine menschlichere Asylpolitik eigentlich möglich wäre. |





In Indien stiegen die Temperaturen im Mai auf fast 50 Grad – glücklich, wer da Zugang zu fließendem Wasser hatte. In vielen Gebieten der Welt ist Wasser auch ohne Hitzewellen Mangelware. Dies kann zum Auslöser von Konflikten zwischen und innerhalb von Staaten werden. Wer über Quellen und Ströme herrscht oder Meeresanschluss hat, gewinnt an Macht. Trinkbares Wasser wird Menschen aber auch durch Verschmutzung, Misswirtschaft und ausbeuterische Unternehmen verwehrt; der Klimawandel verschärft Notlagen zusätzlich und schafft neue Krisen. Das Menschenrecht auf Wasser wird zur Herausforderung der kommenden Jahrzehnte.

Gefährdetes Menschenrecht

«Wir müssen von Wasserkonflikten zu Kooperation übergehen»

In den vergangenen Jahren haben Konflikte um Wasser stark zugenommen. Laut Peter Gleick, Experte für Wasserfragen und Gründer der NGO Pacific Institute, liegt das an der steigenden Nachfrage der Wirtschaft, am Bevölkerungswachstum und nicht zuletzt am Klimawandel. Was es jetzt brauche, sei internationale Einigkeit. Von Natalie Wenger

► **AMNESTY:** Nur wenige Tage nach dem Einmarsch in die Ukraine sprengten russische Streitkräfte einen ukrainischen Damm, der den Wasserfluss zur Halbinsel Krim seit 2014 blockiert hatte. Welche Rolle spielt Wasser im Ukraine-Krieg?

◄ **Peter Gleick:** Der Krieg brach nicht wegen des Wassers aus, sondern hat politische, ideologische und historische Ursachen. Doch immer wieder rückt Wasser ins Zentrum des Konflikts. Als Russland 2014 die Krim annektierte, blockierte die Ukraine den Nord-Krim-Kanal und somit 80 Prozent der Wasserversorgung der Halbinsel. Dieses Jahr holte Russland zum Gegenschlag aus und zerstörte den Damm, um die Wasserzufuhr zur Krim wiederherzustellen.

► In Mariupol führten schwere Luftangriffe zu Unterbrüchen in der Wasser- und Stromversorgung. Ist Wasser eine Waffe der modernen Kriegsführung?

◄ Es gibt eine Jahrtausende alte Geschichte von Konflikten um Wasser. Wasser kann dabei drei verschiedene Rollen spielen: Zum einen kann der Zugang zu oder die Kontrolle von Wasser der Auslöser von Konflikten sein – vor allem dort, wo diese Ressource knapp ist. Zum anderen wird Wasser als Waffe in Konflikten eingesetzt, die aus anderen Gründen entstanden sind. Schliesslich kann der Zugang zu oder die Kontrolle von Wasser das Ziel eines Konflikts sein. Die Angriffe auf die Wasserversorgung in der Ukraine sind ein Beispiel dafür. Wenn Angriffe auf Wasserversorgungssysteme absichtlich erfolgen, verstösst dies gegen das Völkerrecht. Die Genfer Konvention von 1949 und die Zusatzprotokolle von 1977 verbieten ausdrücklich Angriffe auf zivile, medizinische und landwirtschaftliche Infrastruktur. Und somit auch auf Wassersysteme.

► Welches sind heute die wichtigsten Probleme im Zusammenhang mit Wasser?

◄ Das vielleicht grösste Problem ist das Versäumnis, das Grundbedürfnis aller Menschen nach sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen zu erfüllen. Das ist unentschuldig, denn wir wissen eigentlich, wie jedem Menschen sauberes Wasser zur Verfügung gestellt werden kann. Trotzdem haben immer noch 800 Millionen Menschen weltweit keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Mehr als zwei Milliarden verfügen nicht über angemessene sanitäre Einrichtungen. Der Mangel an Süsswasser und an Wasserinfrastruktur führt zu Krankheiten, Armut und schliesslich zu sozialen Unruhen und zu Gewalt gegen die Regierungen, die für die Bereitstellung dieser Dienste verantwortlich sind. Wir haben Probleme mit dem



© Pacific Institute

Peter Gleick ist ein amerikanischer Umweltwissenschaftler, Experte für Wasserkonflikte und Mitbegründer der NGO Pacific Institute in Kalifornien, die sich vorwiegend mit Wasserproblematiken auseinandersetzt.

Wasser für die nationalen Ökosysteme. Es gibt das Problem des Klimawandels. Dann die Probleme mit der Wasserqualität...

► Werden die Konflikte um Wasser noch zunehmen?

◄ Die schlechte Nachricht ist: Die Zahl der Konflikte nimmt zu. Zum Teil ist dies auf eine bessere Berichterstattung und ein besseres Verständnis der Daten zurückzuführen. Die Zahlen widerspiegeln jedoch auch ein echtes Problem: Die zunehmende Wasserknappheit, die mit dem Bevölkerungswachstum, dem Wirtschaftswachstum und den Auswirkungen des Klimawandels einhergeht, befeuert Konflikte. Im Iran oder in Indien streiten in Dürreperioden der Landwirtschaftssektor und die Städte über die Kontrolle des Wassers. Auf internationaler Ebene gibt es Konflikte zwischen Jemen und Saudi-Arabien, zwischen Syrien und dem Irak, zwischen Ägypten und Äthiopien. Und jetzt zwischen der Ukraine und Russland. In den vergangenen Jahren sind vorsätzliche Angriffe auf zivile Wassersysteme immer häufiger geworden. Der «Islamische Staat» übernahm die Kontrolle über die grossen Staudämme am Tigris und am Euphrat und setzte diese als Waffe gegen die Zivilbevölkerung ein, indem er flussabwärts gelegenen Städten und Ortschaften das Wasser vorenthielt oder sie überflutete.

► Welche Faktoren erhöhen das Risiko von Wasserkonflikten?

◄ Wir sehen vermehrt Konflikte in Ländern mit schwachen Institutionen, wo nicht nachhaltig mit Ressourcen umgegangen wird und wo die Gesetze keine gerechte Verteilung des Wassers vorsehen. Der Klimawandel verschärft das Risiko von Konflikten um Wasser zusätzlich. Viele der Wasserressourcen auf unserem Planeten – allen voran die Flüsse – überschreiten Grenzen. Den Nil teilen sich zehn Länder in Afrika, den Colorado River teilen sich die USA und Mexiko. Alle grossen Flüsse in Europa werden von zwei oder mehr Ländern gemeinsam genutzt. Wo es Abkommen über die Verteilung der Wasserressourcen gibt, wo das Wasser gerecht unter den Ländern aufgeteilt wird, wo die Institutionen für die Wasserbewirtschaftung stärker sind, gibt es weniger Konflikte.

► Viele Länder setzen grenzüberschreitende Wasserströme – besonders Flüsse – in internationalen Verhandlungen als Druckmittel ein. Flussaufwärts gelegene Länder geniessen dabei einen klaren Machtvorteil.

◄ Die internationale Wasserkonvention besagt eindeutig, dass flussabwärts gelegene Länder einen sicheren Zugang zu Wasser haben müssen. Die flussaufwärts gelegenen Länder müssen Informationen und Daten mit den flussabwärts gelegenen Ländern austauschen. Verträge, die die Rechte und Pflichten aller Parteien festlegen, die gemeinsam einen grenzüberschreitenden Fluss nutzen, erhöhen die Kooperation. Das sehen wir am Indus, am Colorado River, am Rhein.

Leider gibt es für viele Flüsse noch immer keine Abkommen. Wenn stromaufwärts gelegene Länder sich weigern, Verträgen zuzustimmen, führt das zu Konflikten. Weil die Türkei nie bereit war, ein umfassendes formelles Übereinkommen für die Flüsse Tigris und Euphrat auszuhandeln, gibt es Spannungen mit Syrien, dem Irak und dem Iran. Ägypten und der Sudan haben 1959 einen Vertrag über den Nil geschlossen, jedoch haben sich flussaufwärts gelegenen Länder diesem Abkommen nie angeschlossen. Als Äthiopien einen grossen Staudamm baute, der sich negativ auf die Zuflüsse nach Ägypten auswirken könnte, kam es zu Spannungen. Die Situation würde sich wesentlich verbessern, wenn eine Vereinbarung zwischen allen Parteien regeln würde, wie die begrenzten Wasserressourcen des Nils geteilt werden sollen. Wir müssen von Wasserkonflikten zu Wasserkooperationen übergehen.

► Wie können diese Konflikte gestoppt werden?

◄ Oft besteht die Gefahr eines Konflikts aus wirtschaftlichen Gründen: Indem wir Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Ressourcen bereitstellen, um die wirtschaftlichen Kosten von Dürren zu verringern, können Konflikte reduziert werden. Zudem braucht es stärkere diplomatische Bemühungen, um Streitigkeiten zu beheben. Die internationale Gemeinschaft sollte mehr tun, um die Zivilbevölkerung und die Wasserinfrastruktur zu schützen. Es gibt zwar Gesetze, die diesen Schutz gewährleisten, diese wurden aber von den internationalen Strafgerichten nie angemessen durchgesetzt. Nicht zuletzt sollten wir dafür sorgen, dass alle Menschen Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen haben. Die Befriedigung dieser Grundbedürfnisse – die im Recht auf Wasser festgeschrieben sind – könnte zahlreiche Konflikte rund ums Wasser lösen. |

«Das vielleicht grösste Problem ist das Versäumnis, das Grundbedürfnis aller Menschen nach sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen zu erfüllen.»

Mit Wasserproben gegen Korruption

Während Südafrikas Süden unter Starkregen leidet, müssen in anderen Teilen des Landes die Menschen wegen der Trockenheit für sauberes Trinkwasser kämpfen. Umweltverschmutzung und Klimawandel verschärfen die Situation. Von Jasmin Sarwoko

Das stete Rattern einer Schubkarre, beladen mit zwei Kanistern, begleitet Sarah Makhubela auf dem Weg, den sie seit Jahren jeden Morgen zurücklegt. Auf einer Schotterstrasse, die häufiger von Eseln als von Autos benutzt wird, geht sie zur öffentlichen Wasserstelle. Am grossen grünen Behälter mit einem Zapfhahn muss sich Wasser abfüllen, wer kein eigenes Bohrloch im Garten hat.

«Hier in Khakala sind die Wasserhähne manchmal geschlossen oder die Tanks leer. «Dann müssen wir bei Nachbarn, die ein Bohrloch haben, Wasser kaufen», sagt Sarah, während sie die leeren Kanister aus der Schubkarre hebt. Das Wasser muss für den gesamten 12-Personen-Haushalt reichen. Sarah ist das Oberhaupt der Familie. Zwei ihrer fünf Kinder versuchen ihr Glück in Johannesburg. Die anderen leben mit ihr im Dorf Khakala. Wie so viele Familien in der Gegend leben die Makhubelas hauptsächlich von einem staatlichen Familienzuschuss von umgerechnet knapp 30 Schweizer Franken pro Kind und Monat.

Wenn man fragt, wer für diese Situation verantwortlich sei, sind sich viele einig: Die Regierung. Politiker*innen kom-

men insbesondere in den Wahlkampfphasen in die Dörfer und versprechen, die Wasserversorgung wiederherzustellen. «Es gefällt mir gar nicht zu hören, dass bereits viel Geld für Wasserprojekte ausgegeben worden sei. Ich schätze, sie lügen uns an», sagt Sarah.

Niemand weiss, wohin das Geld für neue Dämme oder Reparaturen von kaputten Leitungen verschwindet. Die staatliche Special Investigating Unit (SIU) untersucht die Korruption hier bereits seit 2016. Denn Khakala ist eines von 55 Dörfern, die vom sogenannten Giyani Water Project profitieren sollten. Dieses wurde 2014 vom damaligen Präsidenten Jacob Zuma gestartet, um die Region mit Wasser zu versorgen. Die SIU fand heraus, dass das Ausmass der Korruption grösser war als angenommen. Der Sprecher der Antikorruptionseinheit, Kaizer Kganyago, sagt: «Die Vergabe der Verträge an die Bau- und Beratungsunternehmen war irregulär, denn sie wurden nicht, wie vom Gesetz gefordert, öffentlich ausgeschrieben. Acht Jahre später fliesst immer noch kein Wasser, weil entweder gar keine Infrastruktur gebaut oder nur damit begonnen wurde.»

Das Stadtbild bei Giyani bestätigt diese Aussagen: offene Gräben und gestapelte Wasserrohre, die wohl schon länger dort liegen. Kaizer Kganyago möchte nicht sagen, wer von den Deals profitiert, da noch juristische Verfahren laufen. Doch er gibt zu verstehen, dass hochrangige Beamt*innen des staatlichen Lepelle Northern Water Board, das für die Umsetzung des Projekts zuständig war, Schmiergelder erhalten haben.

Währenddessen steht Sarah Makhubela vor dem öffentlichen Wassertank in Khakala. Unerwartet sprudelt Wasser aus dem Hahn. Doch nach etwa einer Tasse wird der Strahl dünner, ehe er ganz versiegt. Das bedeutet heute wieder: Wasser zukaufen.

Misstrauen der Bevölkerung | Wie so häufig, muss die ärmere Bevölkerung die Folgen der Korruption tragen. Obwohl das Recht auf sauberes Trinkwasser in der Verfassung verankert ist, fehlen den Menschen die Mittel, gegen die Missachtung dieses Rechts vorzugehen.



Sarah Makhubela ist mit ihrer Schubkarre auf dem Weg zum Wassertank.



© Jasmin Sarwoko

Ferrial Adam und der Aktivist Mduduzi Tshabalala prüfen die Wasserqualität des Vaals.

2019 meldete die Regierung, dass 93 Prozent der Bevölkerung Zugang zu sauberem Trinkwasser und 76 Prozent Zugang zu Sanitärversorgung hätten. Gemeint ist, dass im Umkreis von 200 Metern der Haushalte Wasserleitungen bestehen. «Diese Art und Weise, <Zugang> zu definieren, ist nicht korrekt», schreibt die Anthropologin und Umweltaktivistin Ferrial Adam in einem Gastbeitrag für «Daily Maverick», «weniger als 50 Prozent der Südafrikaner*innen haben Zuleitungen bis zu ihrem Haus.»

Wir treffen Ferrial Adam am Vaal, einem der Hauptflüsse in Südafrika, der rund 19 Millionen Menschen mit Wasser versorgt. Sie hat eine kleine Kühltasche mitgebracht und holt Reagenzgläser und Pipetten aus ihrer Tasche. «Wir wollen den Menschen vor Ort beibringen, wie sie die Wasserqualität testen und interpretieren können. Damit haben sie eine Argumentationsgrundlage gegenüber den Behörden. Ihre Erfahrung, dass sie vom Leitungswasser krank werden, wird häufig als reines Hirngespinnst abgetan.»

2018 häuften sich Berichte über Erkrankungen, totes Vieh und ausgerottete Fischarten durch Abwasser, das aus defekten Pumpen und Kläranlagen in den Fluss fließt. Die Menschen protestierten, sodass sich die Südafrikanische Menschenrechtskommission einschaltete. Der Kommunalregierung wurde die Verantwortung für das weitere Management der Vaal-Region entzogen. Das Mandat liegt nun bei dem Nationalen Wasserministerium, das die staatliche Wasseragentur Rand Water mit dem Projekt beauftragte, welche nun regelmäßig den Stand der Fortschritte kommuniziert.

Am Ufer des Vaals sieht man von der Verschmutzung wenig. Im Gegenteil, es sieht friedlich aus: Angler stellen ihre Ruten auf, eine Gruppe Jugendlicher sitzt am Wasser. Mittlerweile ist auch der Aktivist Mduduzi Tshabalala aus dem benachbarten Township Sebokeng an den Fluss gekommen. Er möchte die Wasserqualität testen und mit den staatlichen Qualitätstests vergleichen, die online publiziert werden. «Ich vertraue Rand Water nicht», sagt er.

Der 38-Jährige kniet sich ans Ufer und beginnt, ein Reagenzglas auszuspielen. Ferrial Adam setzt sich daneben und gibt Anweisungen: «Das hier ist ein e.Coli-Test. Wenn das Wasser positiv auf die Bakterien reagiert, ist das ein Indikator dafür, dass es Fäkalien enthält. Es bilden sich blaue Punkte, die man dann abzählt.» Mduduzi Tshabalala hält eine Petrischale in der Hand, auf die er einige Tropfen Flusswasser mit einer Pipette verteilt. Das Ergebnis wird nach rund 48 Stunden sichtbar sein.

Regen und Dürre | Südafrika ist, geografisch gesehen, ein wasserarmes Land und erlebt die Folgen des Klimawandels bereits seit Jahren. Während in Dörfern wie Khakala die Hitze- und Trockenperioden immer länger werden, gehen aus dem Süden des Landes Bilder eines anderen Extrems um die Welt: Weggespülte Häuser, überflutete Strassen, unter Trümmern begrabene Opfer. Der Starkregen kostete mehr als 430 Menschen das Leben. Noch sehen viele den Klimawandel als ein abstraktes Umweltproblem, das lediglich die «first world countries» beschäftigt. Massendemonstrationen wie die der Fridays for Future-Bewegung findet man in Südafrika kaum.

In Rosebank, einem gehobenen Stadtteil von Johannesburg, hält eines der unzähligen Minibus-Taxis vor einer Bankfiliale. Eine Handvoll Aktivist*innen steigt aus, darunter Mduduzi Tshabalala. Es ist Earth Day, ein internationaler Umwelt-Aktionstag. Einige Protestierende stehen bereits auf der Strasse und halten Schilder, die gegen fossile Energien und für saubere Wasser-Ressourcen plädieren.

«Wir müssen die Politik und die Unternehmen an ihre Verpflichtungen erinnern. Das ist manchmal frustrierend. Aber jemand muss für diese Belange eintreten», sagt Mduduzi. Er hat schlechte Nachrichten: Die Wasserproben, die er und Ferrial aus dem Vaal genommen haben, weisen tatsächlich e.Coli auf. Mduduzi wird die Ergebnisse auf jeden Fall den Behörden vorlegen. |

Jasmin Sarwoko ist freischaffende Korrespondentin in Südafrika.



© Keystone/HEMIS/GUIZOU Franck

Der Kapitän des Cahabón

Bernardo Caal Xol wurde inhaftiert, weil er sich für die Maya-Gemeinschaft der Q'eqchi' einsetzt und gegen den Bau eines Wasserkraftwerks in Guatemala protestierte. Vor kurzem kam der Umweltaktivist frei.

Von Olalla Piñeiro Trigo

«Ich habe im Cahabón gebadet. Mein Körper und mein Geist brauchten dies, um heilen zu können», sagt Bernardo Caal Xol auf die Frage, wie er seine Entlassung aus dem Gefängnis gefeiert habe. Die Haft war für den 50-jährigen guatemalteken Aktivist sehr hart gewesen: «Die Zelle war überfüllt, die Hitze drückend. Wegen der Pandemie durfte ich acht Monate lang nicht an die frische Luft. Mein Bett war mein Lebensraum.»

Bernardo ist müde, er braucht Erholung. Trotzdem sagt er zu einem Interview um vier Uhr morgens zu. «In unserer Gemeinde stehen wir sogar noch früher auf, wir sind daran gewöhnt», sagt seine Lebensgefährtin Isabel Matzir, die ebenfalls Aktivistin ist. Die beiden sind Teil der Gemeinschaft der Maya Q'eqchi', einer indigenen Bevölkerungsgruppe Guatemalas, die hauptsächlich im Zentrum des Landes lebt. Weil Bernardo sich für die Rechte seiner Gemeinschaft einsetzte, wurde der Lehrer und Vater von zwei Teenagern zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Vier Jahre verbrachte er hinter Gittern. Am 24. März wurde er wegen «guter Führung» freigelassen, die gegen ihn erhobenen Anklagen bestehen jedoch weiterhin.

Bernardo hatte gegen den Bau von zwei Kraftwerken des Oxec-Wasserkraftprojekts an einem Nebenfluss des Cahabón protestiert. Der 196 Kilometer lange Fluss, der durch das Gebiet der Q'eqchi' fließt, ist in der Maya-Religion heilig. Aber

er ist mehr als das: «Wir sind stark vom Cahabón abhängig. Da immer mehr Unternehmen das Wasser des Flusses abpumpen und seinen Lauf umleiten, wird das Ökosystem beeinträchtigt. Ganze Dörfer sind ohne Wasser.»

Aktivismus im Blut | Bernardo wuchs in den bewaldeten Bergen von Alta Verapaz inmitten von Maisfeldern auf. Die Liebe zur Natur und das Wissen um die lebenswichtige Rolle des Wassers wurden ihm schon als Kind mitgegeben. «Meine Familie hat mir den Respekt für die Natur vermittelt. Eines Tages schnitt sich meine Mutter bei der Arbeit und heilte die Verletzung mit einer auf die Wunde geriebenen Pflanze.»

Bernardo engagiert sich nicht nur für die Umwelt, sondern auch für soziale Gerechtigkeit. Als Enkel bescheidener Kaffeebäuer*innen, die weder lesen noch schreiben konnten, wuchs er in einer Umgebung auf, in der Schulen, Strassen und Elektrizität selten oder gar nicht vorhanden waren. Die Zahlen des Nationalen Statistikinstituts (INE) zeigen: Alta Verapaz ist der Bezirk Guatemalas, der am stärksten von Armut betroffen ist. Fast 80 Prozent der Bevölkerung leben in prekären Verhältnissen, mehr als die Hälfte ist von extremer Armut betroffen. Nur 27 Prozent der Haushalte haben Zugang zu sauberem Trinkwasser. «Wir werden von der Politik im Stich gelassen und sind mit sozialer Ausgrenzung sowie staatlichem Rassismus konfrontiert, der ein Erbe der Kolonialzeit ist», sagt Bernardo.

Bereits während seines Lehramtsstudiums in Cobán, der Hauptstadt der Region, engagierte er sich für soziale Anliegen. Während dieser Zeit nahm er an Schulungen zu Menschenrechten und kollektiven Kämpfen teil, wo er seine Frau Isabel kennenlernte. Sie sei ihm sofort aufgefallen, erzählt er. Isabel fand in Bernardo einen Verbündeten im Kampf gegen die Ungerechtigkeiten. «Wir Maya sind ein unsichtbar gemachtes Volk. Unsere Rechte werden ignoriert, und diejeni-

Der Fluss Cahabón ist die Lebensader der Q'eqchi'-Gemeinschaft in Guatemala. Doch er ist zunehmend gefährdet.

gen, die protestieren, werden verfolgt oder ermordet», sagt sie. «Der Widerstand unserer Vorfahren gegen die Kolonialisierung hat uns diesen Kampfgeist eingepflegt. Um nicht tatenlos zuzusehen, bilden wir uns selbst weiter.»

Nach seiner Rückkehr in die Gemeinde Santa María Cahabón nahm Bernardo mehrere Veränderungen vor: Als er 25 Jahre alt wurde, gründete er eine Schule. Ausserdem erreichte er es, dass Strassen gebaut wurden, um Transporte zu erleichtern, und dass sauberes Wasser in die Haushalte geführt wurde. Nach und nach wird er zur Stimme der Q'eqchi'-Gemeinde, wobei er auch ins Rampenlicht rückt, weil er Spanisch spricht. «Viele Menschen hier sprechen kein Spanisch. Aber diese Sprache ist unerlässlich, um unsere Forderungen vorzutragen und bei den Behörden Erfolg zu haben», sagt Bernardo.

Die Weigerung zu schweigen | So überrascht es nicht, dass Bernardo 2015 bei den Protesten gegen das Unternehmen Oxec an vorderster Front stand: Das Unternehmen liess für zwei Staudämme 15 Hektaren Wald abholzen und hatte zuvor die betroffenen indigenen Gemeinschaften nicht konsultiert, obwohl es dies gemäss der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz indigener Völker hätte tun müssen. «Ein Unternehmen siedelt sich auf Land an, das ihm nicht gehört, ohne die Menschen zu fragen, die von seinen Aktivitäten betroffen sind», kritisiert Bernardo. Er klagte gegen das Unternehmen und erhielt Recht: Die Gerichte stellten fest, dass die Gemeinden nicht ordnungsgemäss konsultiert worden waren, erlaubten aber die Fortsetzung des Projekts. Entschlossen, sich Gehör zu verschaffen, führten 195 Gemeinden 2017 ihre eigene Konsultation durch, bei der 26 537 Menschen das Projekt ablehnten und nur 12 dafür stimmten. Um ihre Unterstützung zu gewinnen, hat die Firma nicht nur einigen Gemeinden jährliche

«Wir werden von der Politik im Stich gelassen und sind mit sozialer Ausgrenzung sowie staatlichem Rassismus konfrontiert.»

Bernardo Caal Xol

Zahlungen zugesagt, sondern auch finanzielle Unterstützung für den Bau von Schulen, Kirchen und Krankenhäusern. Als Gegenleistung verlangte Oxec, dass das Projekt nicht weiter behindert werde. «Das Unternehmen nutzt Korruption und Armut für seine Geschäfte aus. Es ersetzt den Staat, indem es der Bevölkerung Infrastruktur anbietet.»

Durch die Proteste, Einsprüche und Treffen mit den Medien wurde Bernardo zum Störfaktor. Er wurde zwar nicht direkt bedroht, blieb aber von öffentlichen Verleumdungskampagnen und Einschüchterungen nicht verschont: Überall wurden Flyer mit seinem Bild ausgehängt, ein Foto seines Hauses in sozialen Netzwerken verbreitet. Und er verlor seine Stelle als Lehrer.

Ende 2018 wurde Bernardo verhaftet. Man beschuldigte ihn, Baumaterial gestohlen und vier Mitarbeiter eines Subunternehmers angegriffen zu haben. Anschuldigungen, die Bernardo bestreitet: «Ich wurde für ein Verbrechen inhaftiert, das ich nicht begangen habe.» Die Repression gegen Menschenrechtsverteidiger*innen ist in Lateinamerika gross, allein in Guatemala verzeichnete die NGO Global Witness für 2021 1004 Angriffe, 15 Morde und 22 Mordversuche.

Keine Kapitulation | Bernardo liess sich durch das Gefängnis nicht beirren. Er verbrachte die vier Jahre damit, sich weiterzubilden und Briefe zu schreiben, um die Ungerechtigkeit, die er erlebte, anzuprangern. Seine Familie und seine Freund*innen teilten diese Briefe in sozialen Netzwerken. Dank dieser Beharrlichkeit und des Engagements seiner Gemeinschaft fand sein Fall auch ausserhalb Guatemalas Gehör: Amnesty International anerkannte ihn als Gewissensgefangenen, Greenpeace prangerte den unfairen Prozess an.

Bernardo ist nun frei und beschäftigt sich mit seiner Familie, seiner Therapie und Arztterminen, um einen Leistenbruch zu behandeln. Bevor er nach einer neuen Stelle sucht, möchte er sich Zeit nehmen, um dem Gesang der Vögel zu lauschen, die frische Bergluft zu atmen und die Flüsse des riesigen Q'eqchi'-Gebiets zu besuchen. Seine Inhaftierung hat ihn nicht aufgeben lassen, sondern seine Überzeugungen weiter gestärkt, auch wenn er den Bau der beiden Wasserkraftwerke nicht verhindern konnte. Die erforderlichen Baugenehmigungen wurden nämlich erteilt. Der Menschenrechtsverteidiger plant, durch seine Gemeinde zu reisen, um seine Geschichte und die des Cahabón zu erzählen. Denn er ist nicht bereit zu schweigen. |



© Simone Dalmaso

Bernardo setzt sich gegen soziale Ungerechtigkeiten ein – dafür wird er von seiner Gemeinschaft geliebt und geachtet.

Besetztes Wasser

In den besetzten palästinensischen Gebieten ist der Zugang zu Wasser ungleich verteilt, was das tägliche Leben und die Gesundheit der Bevölkerung beeinträchtigt. Von Manuela Reimann Graf

«**G**leich dort liegt die israelische Siedlung mit Swimmingpools, grünem Rasen und blühenden Gärten – während wir hier jeden Tropfen Wasser sparen müssen, damit unser Gemüse wächst», sagt Suheir* und zeigt über das trockene, hügelige Land. Sie arbeitet auf der Om'Sleiman-Farm, einem kleinen Landwirtschaftsprojekt im Westjordanland. Mittels naturnaher Anbaumethoden versucht das palästinensische Team nicht nur die spärlichen Ressourcen möglichst ökologisch zu nutzen, sondern auch die Bevölkerung für nachhaltigen Anbau zu sensibilisieren. «Wasser ist eines unserer Hauptprobleme. Wir wissen nicht, wie wir die horrenden Gebühren bezahlen sollen.»

Es ist nicht so, dass es kein Wasser gäbe in diesem semi-ariden Gebiet. Denn unter dem Westjordanland liegt der Mountain Aquifer, ein riesiges Grundwasserreservoir. Doch sind die Durchschnittstemperaturen in den letzten Jahrzehn-

ten stetig gestiegen, die Regenmenge ist zurückgegangen. Das Bevölkerungswachstum verstärkt die Entwicklung, dass Wasser immer rarer wird. Zumindest für die Palästinenser*innen.

Kein ökologisches Problem | Seit Beginn der Besetzung im Jahr 1967 kontrolliert Israel alle Wasserressourcen in den besetzten Gebieten. Mit den Osloer Abkommen von 1995 schien es in Richtung einer gleichberechtigteren Verteilung der Ressourcen zu gehen, doch zementierten die Abkommen letztlich die Machtverhältnisse. «Dieses eigentlich auf fünf Jahre befristete Abkommen mündete in eine ungleiche Verteilung des Wassers, wobei Israel den weitaus größeren Nutzen daraus zog», sagt Michael Lynk, der scheidende Uno-Sonderberichterstatter für die palästinensischen Gebiete. In den Oslo-Vereinbarungen wurden Israel 80 Prozent des Wassers aus dem Mountain Aquifer zugesprochen, hingegen nur 20 Prozent den Palästinenser*innen. «Der Wassermangel der Palästinenser*innen ist kein ökologisches Problem», betont der Professor für Verfassungs- und Menschenrechte. «Es geht hier um eine verfestigte Besetzung, die ein ungerechtes Verteilungssystem etabliert hat.»

Denn während den israelischen Bürger*innen innerhalb Israels und in den Siedlungen stets ausreichend Wasser zusteht, beschränken die israelischen Militärbehörden den Zugang der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten mittels militärischer Anordnungen. Genehmigungen für neue Pumpen, Brunnen oder andere Infrastrukturen werden von der israelischen Armee praktisch nie erteilt. Sogar das

* Der Name wurde zum Schutz der Person geändert.

Ein alter Palästinenser ärgert sich über das Abwasser einer Siedlung.

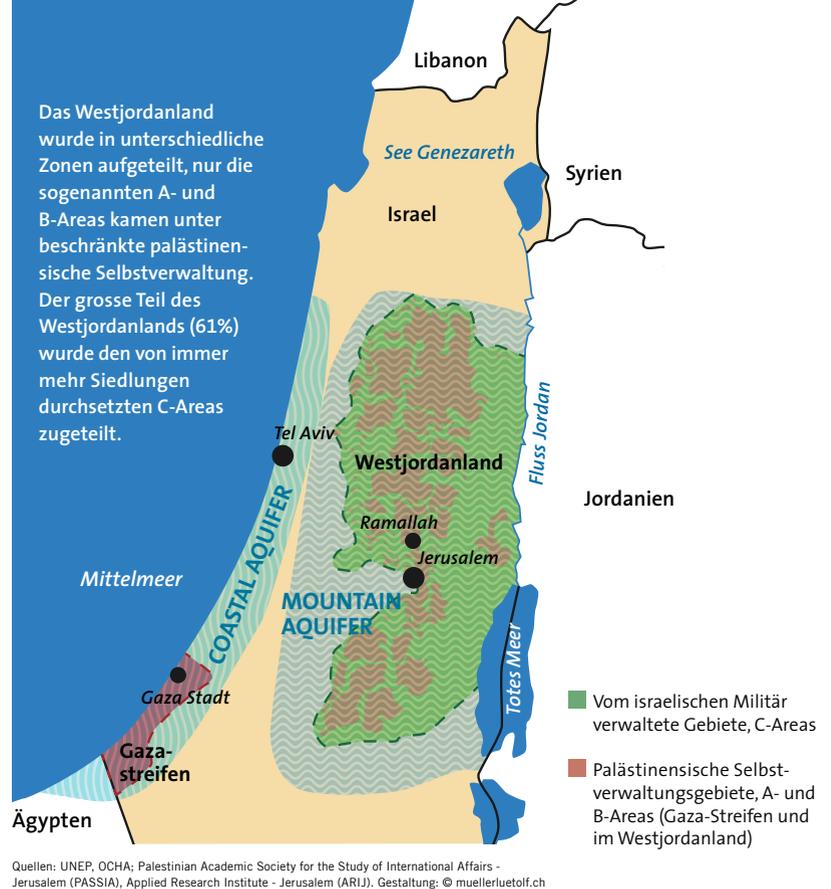


Sammeln von Regenwasser ist in den meisten Teilen des Westjordanlands verboten. Die israelische Armee zerstört regelmässig Regenwasser-Zisternen oder -Becken. Auch die Om'Sleiman-Farm plant ein Regenwasser-Sammelbecken, sobald genug Spenden zusammengekommen sind. «Wir riskieren bei jeder Infrastruktur, die wir anlegen, dass sie durch die israelische Armee wieder zerstört wird», sagt Suheir.

Keine Entwicklung möglich | Gemäss der Uno haben schätzungsweise 660 000 Palästinenser*innen im Westjordanland nur begrenzten Zugang zu Wasser, rund 420 000 Personen verbrauchen im Durchschnitt weniger als 50 Liter pro Tag und Kopf, was weit unter den von der WHO empfohlenen 100 Litern liegt. Der Preis des Wassers, das die palästinensische Bevölkerung zukaufen muss, ist gemäss der israelischen Menschenrechtsorganisation B'tselem bis zu acht Mal höher als derjenige für die Siedlungen. Auch Suheir schätzt, dass die Om'Sleiman-Farm etwa drei Mal mehr fürs Wasser bezahlt als die gegenüberliegende israelische Siedlung.

Aus Sicht der israelischen Regierung ist vor allem die palästinensische Autonomiebehörde für die Wasserprobleme verantwortlich, weil sie leckere Leitungen nicht reparieren und nicht in Kläranlagen investieren würde. Es komme auch zu viel Wasserdiebstahl. Michael Lynk widerspricht: «Die palästinensischen Autonomiebehörden haben zwar eine Verantwortung in den von ihnen verwalteten Orten, die höchste Verantwortung liegt dennoch bei Israel. Das Völkerrecht sagt klar: Die Besatzungsmacht muss die Besatzung im besten Interesse der besetzten Bevölkerung ausüben. Dazu gehört auch, den Palästinenser*innen den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu ermöglichen, das ihnen von Rechts wegen zusteht.» Die Zerstückelung des Westjordanlands und die Besatzung behindern die Erschliessung der Ortschaften durch Strassen und den Aufbau einer stabilen Energie- und Wasserversorgung, da sie israelische Genehmigungen erfordern oder durch das israelisch kontrollierte C-Gebiet führen.

Eine weitere Wasserquelle in der Region ist der Jordan-Fluss, der aus dem Bergen des Libanons Wasser Richtung Totes Meer führt. Doch dieses Wasser bleibt für die Palästinenser*innen aus dem Westjordanland unerreichbar: Fast das gesamte fruchtbare Jordantal ist unter israelischer Kontrolle. Palästinenser*innen ist es verboten, es zu nutzen oder sich dort aufzuhalten. Israel zweigt 95 Prozent des Jordan-Wassers bereits beim See Genezareth im Norden Israels ab, noch bevor es ins Westjordanland fliesst: Schon in den 1960er-Jahren baute Israel ein 130 Kilometer langes Kanalsystem, das Wasser aus dem See nach Israel führt. Die Folgen für das Tote Meer sind dramatisch: Seit Jahren trocknet es immer mehr aus, der Wasserspiegel sinkt jährlich um einen Meter. Die Absenkung



führt dazu, dass das Grundwasser aus den umliegenden Gebieten in Richtung des Toten Meeres fliesst. Die Wasserknappheit wird sich dadurch im Westjordanland noch weiter verschärfen.

Gefährliches Wasser in Gaza | Noch weit schlimmer ist die Lage im dicht besiedelten Gazastreifen mit seinen rund zwei Millionen Einwohner*innen. Auch hier liegt der Küste entlang ein unterirdisches Wasserreservoir. Dennoch hat gemäss der Weltbank nur ein Prozent der Bevölkerung Gazas Zugang zu Trinkwasser, das den WHO-Standards entspricht. Denn wegen einer massiven Übernutzung dringt seit Jahren Meerwasser ins Grundwasser, was zu einer Versalzung und hohen Nitratwerten führt – mit entsprechenden gesundheitlichen Folgen. Die Bevölkerung ist gezwungen, Wasser von schlechter Qualität zu nutzen, was mehr als 25 Prozent aller Krankheiten in Gaza verursacht. Mehr als die Hälfte der Kinder leiden unter Durchfallerkrankungen. Die hohen Nitratwerte sind gesundheitsschädigend und können bei Kindern zu Störungen in der Entwicklung des Gehirns und im Wachstum führen.

Hinzu kommt, dass durch die verschiedenen Luftangriffe auf den Gazastreifen während der vergangenen Jahre viele Wasserinfrastrukturen zerstört wurden. Aufgrund der Blockade des Gazastreifens ist es kaum möglich, Baumaterialien zu importieren und die zerstörten Anlagen zu reparieren oder gar neue zu bauen. Ständige Stromausfälle tun das Ihre dazu, dass Pumpen sowie Abwasser- und Entsalzungsanlagen oft nicht arbeiten. Und so müssen nach Angaben der Uno 90 Prozent der Haushalte im Gazastreifen Wasser zu hohen Preisen kaufen. |

Ein ausführlicheres Interview mit Prof. Michael Lynk, Uno-Sonderberichterstatter für die Lage der Menschenrechte in den besetzten Gebieten bis Ende April 2022 und ausserordentlicher Professor für Recht an der Western University in London, Ontario, finden Sie unter www.amnesty.ch/magazin.



Das dreifache Leid des Mekong

Dutzende Staudämme am Fluss Mekong in Südostasien wurden in den letzten Jahren bereits errichtet oder sind im Bau. Die Auswirkungen für die Umwelt und die Bevölkerung, die vom Fluss lebt, führt zu wachsenden Krisen. Von Michael Lenz

Am 26. April wollte Ly Chandaravuth in Phnom Penh zusammen mit ein paar Mitstreiter*innen von Mother Nature Cambodia (MNC) mit Fahrrädern zum Zusammenfluss von Tonle Sap und Mekong radeln. «Mit der Aktion wollten wir des Umweltaktivisten Chut Wutty gedenken, der vor zehn Jahren ermordet wurde», sagt Ly Chandaravuth während eines Telefonanrufs aus der kambodschanischen Hauptstadt. Aus der Fahrraddemo wurde nichts. Die acht Aktivist*innen wurden von der Polizei gestoppt und während Stunden festgehalten.

Die Umweltorganisation MNC kämpft gegen die rasante illegale Rodung der letzten Wälder, gegen den Sandabbau im Mekong und gegen Staudämme und wurde damit zu einer Art Staatsfeind Nummer eins im autokratisch regierten Kambodscha. Premierminister Hun Sen duldet keinen Dissens, weshalb er die politische Opposition verboten, Medien gleichgeschaltet und kritische Nichtregierungsorganisationen an die Kandare gelegt hat. MNC trotz Hun Sen, obwohl ihr Gründer Alejandro Gonzalez-Davidson 2015 wegen der Proteste gegen den Bau des Wasserkraftwerks Chhay Areng ausgewiesen wurde und immer wieder Aktivist*innen verhaftet und verurteilt werden. Ly Chandaravuth selbst ist derzeit nur auf Kautions frei.

Dem 4350 Kilometer langen Mekong geht es schlecht. Er geht in sein viertes Katastrophenjahr, was auf eine Kombination aus Dürre, Klimawandel und Staudämmen zum Betrieb

von Wasserkraftwerken zurückzuführen ist. Leidtragende sind rund 70 Millionen Menschen, deren Lebensgrundlage als Fischer*innen und Bäuer*innen in Gefahr ist.

Verbreitete Korruption | Elf Staudämme in China und zwei in Laos halten das Wasser zum Betrieb von Wasserkraftwerken zurück, die zur Stromgewinnung hauptsächlich für Chinas und Thailands Energiehunger gebaut wurden. Zusammen mit den Dämmen in den Nebenflüssen sind derzeit rund 400 Dämme in Betrieb, im Bau oder in Planung. Allein in Laos sind am Hauptstrom des Mekong sieben weitere Dämme geplant.

Die Auswirkung der Dämme wird von der Wissenschaft seit langem beobachtet. Genaue Aussagen sind aber mangels Daten aus China schwierig. Die chinesischen Behörden versprachen den sechs Mekong-Anrainerstaaten zwar wiederholt eine Zusammenarbeit beim Management des Flusses. Bisher haben sich die Versprechungen jedoch als leer erwiesen. Hinzu kommt die in den Anrainerstaaten des Mekong verbreitete Korruption. Bestehende Gesetze zum Schutz von Mensch und Umwelt werden grosszügig ausgelegt oder einfach ignoriert.

Immerhin verhängte Kambodscha im März 2020 ein zehnjähriges Moratorium für den Bau von Dämmen für Wasserkraftwerke in seinem Teil des Mekong, obwohl das Land dringend Elektrizität braucht. Nach Angaben der Regierung in Phnom Penh wolle man nun auf Solarenergie sowie den Import von Kohle und Flüssiggas setzen.

Michael Lenz ist freischaffender Korrespondent für Südostasien.

Wegen des Baus des Lower-Sesan-II-Damms im Nordosten Kambodschas sollen rund 2000 Menschen umgesiedelt werden.

Nahrungssicherheit in Gefahr | Am meisten unter den Problemen des Mekong leidet Kambodscha, das auf Gedeih und Verderb vom Wasser aus dem Mekong sowie aus dem See und dem Fluss Tonle Sap abhängig ist. Das jährliche Hochwasser während der Regenzeit setzt fast das ganze Königreich unter Wasser und sorgt am Ende der monatelangen Überschwemmung für fruchtbare Böden für die Landwirtschaft und grosse Fischbestände in den Gewässern.

Aber das war einmal, die Fischbestände sinken massiv – zum einen wegen Überfischung, zum anderen wegen der Dürre und der Dämme. Viele Fischarten des Mekong wandern zum Laichen flussaufwärts, wo ihnen nun die Dämme den Weg versperren. 2020 wurden laut Regierungsangaben nur noch rund 413 000 Tonnen Fisch gefangen, 111 000 Tonnen weniger als im Jahr zuvor. Das ist eine Zeitbombe für die Ernährungssicherheit der Kambodschaner*innen, die wie kaum ein anderes Volk der Welt ihren Proteinbedarf mit Fisch decken. Schon jetzt muss Fisch aus den Nachbarländern Vietnam und Thailand importiert werden.

In der Region Phnom Penh leiden Landwirtschaft und Fischerei zusätzlich unter der Zuschüttung von 60 Prozent der zahlreichen Seen und 40 Prozent der Feuchtgebiete mit Sand aus dem Mekong. Einmal mehr bleiben die meist armen Menschen auf der Strecke, die an den Ufern und durch Aquakultur auch auf den Gewässern Gemüse anbauen und auf den Märkten verkaufen. «Die Menschen werden vertrieben», sagt Soeung Saran, der Leiter der Organisation Sahmakum Teang Tnaut (STT), die sich für die Rechte der Armen einsetzt, am Telefon. «Auf den zugeschütteten Seen sollen Büros und Luxusapartments für reiche Ausländer*innen aus Japan, China, Südkorea und anderen Ländern entstehen.»

Was die Zuschüttung der Seen für das hydrologische System der Region bedeutet, weiss niemand. Als sicher gilt jedoch, dass in Phnom Penh die Überschwemmungen zunehmen werden. «Die Seen waren immer auch ein Auffangbecken für Regenwasser», sagt Soeung Saran.

Ein neues Problem tut sich im Delta des Mekong in Vietnam mit dem Schmuggel von Sand auf, dem nach Wasser am meisten gehandelten Rohstoff der Welt, wie das Umweltprogramm der Uno festhält. Der Handel mit Sand ist in Asien in den Händen einer international operierenden Sandmafia. Der Nachschub an Sedimenten aus dem Mittel- und dem Oberlauf des Mekong ist laut wissenschaftlichen Studien wegen der Dämme mittlerweile zu gering, um die Sandentnahmen im Delta auszugleichen.

Unruhen werden erwartet | Für Brian Eyler haben die Probleme des Mekong für die Region auch eine sicherheitspolitische Dimension. Der Mekong-Experte des amerikanischen Stimson Centre rechnet zwar nicht damit, dass sich «die Länder im Kampf um Wasser gegenseitig bombardieren werden», wie er in einem Interview mit dem asiatischen Magazin «The Diplomat» sagte. Aber die zunehmende Wasserknappheit und die Ernährungsunsicherheit können vor allem in Kambodscha zu Unruhen und einer Destabilisierung der Gesellschaft führen.

Vielen Kambodschaner*innen ist das Ausmass des Raubbaus an ihrer Umwelt nicht bewusst. «Der Mangel an zuverlässigen, genauen und wahrheitsgemässen Informationen bedeutet, dass die Bevölkerung von Kambodscha allzu oft im Dunkeln gelassen wird, wenn es um wichtige Themen wie etwa den Sandabbau geht. Ihre Meinung, ihre Rechte und ihr Wohlergehen werden völlig ignoriert, und es wird ihnen die Teilhabe selbst an den grundlegendsten demokratischen Prozessen verweigert», heisst es auf der Website von Mother Nature.

Anfang Juni finden in Kambodscha Kommunalwahlen statt. Um die Macht der allein regierenden Kambodschanischen Volkspartei (CPP) von Hun Sen bei der Parlamentswahl im nächsten Jahr nicht zu gefährden, werden bereits jetzt neue, populäre Oppositionsparteien schikaniert, ihre Kandidat*innen disqualifiziert und verhaftet. Für Ly Chandra-ravuth ist die Uneinigkeit der Opposition mindestens so schlimm wie die Manipulation von Wahlen. «Solange die Demokraten sich gegenseitig bekämpfen, bleiben die CPP und Hun Sen an der Macht.»



Die Fischbestände im Tonle Sap gehen zurück.

Wenn Wasser zu Gift wird

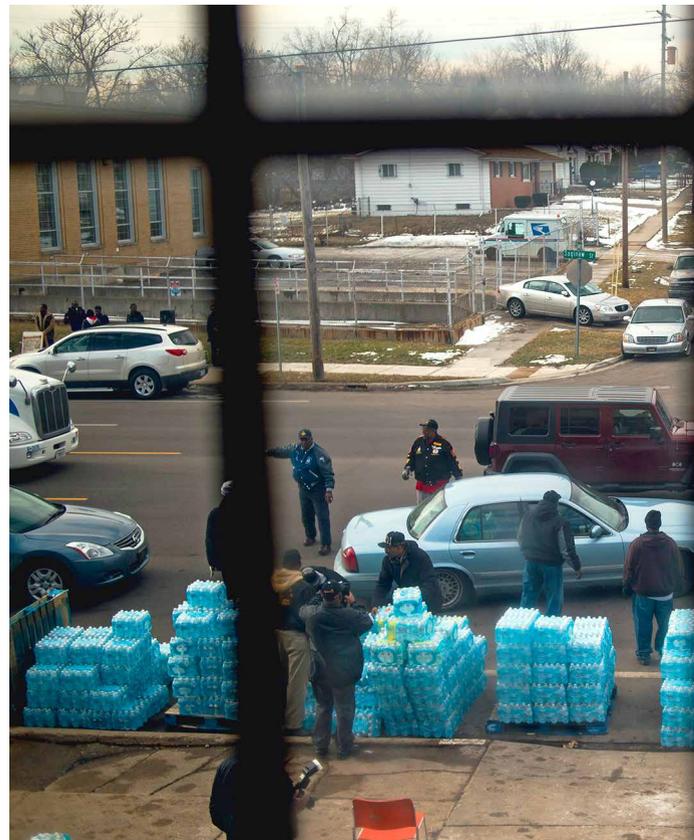
Vor acht Jahren trafen die Behörden der amerikanischen Stadt Flint einen verheerenden Entscheid, der zur Vergiftung von 100 000 Menschen führte. Die Auswirkungen sind bis heute spürbar.

Von Natalie Wenger

Das Wasser, das aus dem Hahn kam, war eine rostbraune, stinkende Brühe. Die Behörden versicherten, alles sei in Ordnung. Warnungen wurden ignoriert, Tests unsachgemäss durchgeführt. Anderthalb Jahre haben die Bewohner*innen von Flint, Michigan, dieses bleihaltige Wasser getrunken, damit gewaschen und gekocht. In der verarmten Industriestadt lag der Bleigehalt flächendeckend über den verträglichen Werten, teilweise erreichte er gar die Kategorie «Giftmüll». 100 000 Menschen klagten über Hautausschlag, Erbrechen und Haarausfall. Knapp 100 Menschen erkrankten an der Legionärskrankheit, 12 starben. 2016 wurde der Notstand ausgerufen, die Anwohner*innen mussten teils mit Wasser aus Flaschen versorgt werden.

Vermeidbare Schädigungen | Das Recht der Einwohner*innen von aus Flint auf Zugang zu sauberem Trinkwasser wurde wiederholt übergangen – aus Geldgier. Um Geld zu sparen, hatten die Behörden ab dem Frühjahr 2014 begonnen, das Trinkwasser aus dem Flint River abzuzapfen – einem durch die Autoindustrie verseuchten Fluss –, statt es wie zuvor aus dem Lake Huron in Detroit zu beziehen. Das aggressive Flusswasser griff die alten Bleirohre an und setzte so das giftige Schwermetall frei. Besonders für Kinder hat ein erhöhter Bleigehalt im Blut schwere Folgen. Eine Bleivergiftung kann das Gehirn schädigen, das Wachstum hemmen und Verhaltensprobleme verursachen. Diese Katastrophe hätte verhindert werden können: Rund 100 Franken hätten die Anti-Rost-Chemikalien gekostet, auf welche die Verantwortlichen bewusst verzichteten.

Die Verwaltung wiegelte ab, als die Menschen Fragen stellten. Das Vertrauen in die Institutionen sank. Die Leute gingen auf die Strasse. Viele hielten Schilder mit der Aufschrift «Wasser ist ein Menschenrecht» – ein Recht, das in den USA oft vernachlässigt wird. Als in der Uno-Generalversammlung 2010 über die Anerkennung des Menschenrechts

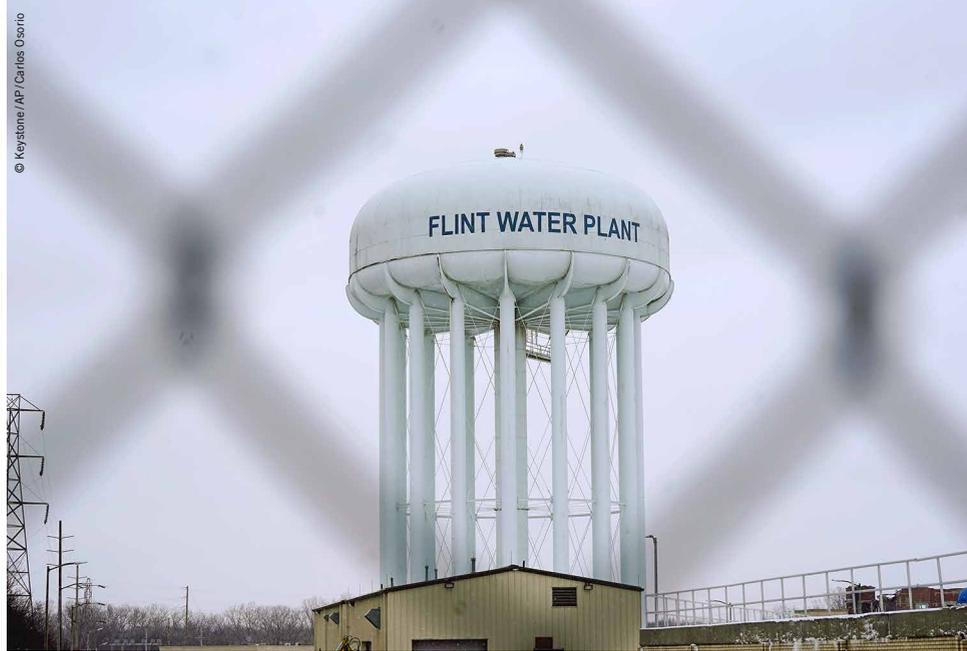


auf Wasser abgestimmt wurde, enthielten sich die USA der Stimme. Flint ist kein Einzelfall: Rund 2,5 Prozent aller Kinder in den USA leiden an einer Bleivergiftung durch verschmutztes Wasser. Besonders hart trifft es Menschen mit niedrigem Einkommen, Schwarze und Indigene.

«Kein Grundrecht» | Der Skandal von Flint wurde zum Symbol für soziale Ungerechtigkeit. In der mehrheitlich von Schwarzen bewohnten Stadt lehnten die Behörden zunächst sämtliche Beschwerden ab. Wasser sei kein durch die Verfassung verbrieftes Recht, sagten der Staat Michigan und die Stadt Flint. Das änderte sich erst, als der öffentliche Druck zunahm. Der Bürgermeister verpasste Ende 2015 die Wiederwahl. Der Chef der Umweltbehörde von Michigan trat zurück. Mehrere Einwohner*innen reichten eine Sammelklage ein, was einen langen Rechtsstreit auslöste. Erst im November 2021 entschied das US-Bezirksgericht, dass der Bundesstaat



© Keystone/AP/Carlis Osorio



Das bleiverseuchte Wasser aus dem Flint River hatte bisweilen eine trübe, braune Farbe. Viele Menschen litten unter starkem Haarausfall.



© Keystone/AP/The Flint Journal

Obwohl die Behörden beteuern, das Wasser sei mittlerweile sauber, trinken viele Bewohner*innen von Flint noch immer lieber Wasser aus Flaschen.

Michigan den Opfern einen Schadenersatz von 626 Millionen Dollar zahlen muss. Davon profitieren in erster Linie Personen, die zur Zeit des Skandals Kinder waren und daher dem grössten Gesundheitsrisiko ausgesetzt waren.

Inzwischen ist Flints Wasserversorgung wieder an Detroit angeschlossen, bis September 2022 sollen alle verbleibenden Rohre ausgetauscht sein. Die Revisionsarbeiten hätten bereits im November 2020 abgeschlossen sein sollen, doch 1900 Haushalte warten noch immer. Die Wasserqualität entspricht laut Behörden nun den nationalen Standards. Doch die Bevölkerung bleibt skeptisch, und so herrscht weiterhin eine hohe Nachfrage nach Wasser aus Flaschen. Die Gemeinschaft kämpft noch immer mit dem Trauma, von der eigenen Regierung vergiftet worden zu sein. |

Das Recht auf Wasser

Das Recht auf Wasser ist ein Menschenrecht. Doch nicht alle Staaten nehmen es gleich ernst.

Wasser gibt es in der Schweiz, dem Wasserschloss Europas, mehr als genug, vor allem sauberes Trinkwasser. Doch das entspricht nicht der weltweiten Norm: Mehr als 2,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Dieses Recht wird ihnen verwehrt, obwohl es am 18. Juli 2010 von der Uno-Vollversammlung als Menschenrecht festgehalten wurde: Die Resolution 64/292 anerkennt das Recht auf genügend sauberes Wasser als Trinkwasser und für Hygienezwecke sowie das Recht auf Zugang zu sicheren Sanitätseinrichtungen. Sie nimmt somit primär die Regierungen und sekundär auch die internationale Gemeinschaft in die Pflicht, für einen solchen Zugang zu sorgen.

Leider wird das völkerrechtlich verankerte Recht auf Wasser in vielen Ländern nicht umgesetzt. Länder wie Kanada und die USA enthielten sich damals bei der Abstimmung in den Vereinten Nationen ihrer Stimme mit der Begründung, die Resolution sei uneindeutig und es gebe kein «internationales Recht» auf Wasser. Tatsächlich ist das Recht auf Wasser und auf Zugang zu Sanitätseinrichtungen weder in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte noch in den meisten regionalen Menschenrechtskonventionen explizit verankert, es ist daher nicht bindend und nicht einklagbar. Der Uno-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte anerkennt in seinem General Comment Nr. 15 aus dem Jahr 2002 jedoch, dass das Recht auf Wasser und auf Zugang zu Sanitätseinrichtungen durch das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard implizit geschützt und untrennbar mit den Rechten auf Nahrung und Gesundheit verbunden sei.

Vielen Staaten fehlt es an Geld und technischem Wissen, um ein ausreichendes Wasserversorgungssystem zu errichten. Doch eine flächendeckende und intakte Wasserinfrastruktur bringt viele Vorteile: Wachstum, Wohlstand, bessere Gesundheit, weniger Todesfälle, mehr Zeit für Arbeit, Ausbildung und Kinderbetreuung. (nwe)



**Schmutziger Müll,
schmutzige Jobs**

Dass der Export von europäischem Plastikmüll immense Umweltprobleme in den Ländern verursacht, die ihn verarbeiten, hat sich inzwischen herumgesprochen. Kaum bekannt ist, dass dabei auch Geflüchtete ausgebeutet werden.

Nicole Graaf (Text) und Emre Çaylak (Fotos) haben in der türkischen Stadt Adana recherchiert.

Ismail* sieht müde aus. Im Jogginganzug sitzt er in seinem Wohnzimmer, einem schmalen Raum, möbliert mit zwei abgenutzten beigefarbenen Sofas, in der Ecke hinter der Tür steht eine kleine Elektroheizung. Ismail ist ein schwächlicher Mittdreissiger mit Schnauzbart und schwarz umrandeten Fingernägeln. Er arbeitet in einer der vielen Recyclingfabriken von Adana im Süden der Türkei. «Vor ein paar Tagen musste ich eineinhalb Stunden lang im kalten Wasser stehen, um das Becken der Maschine zu reinigen», sagt er mit heiserer Stimme. Nach jedem Satz zieht er die Nase hoch. «Ich bin krank, aber der Chef drängt mich, trotzdem zur Arbeit zu kommen.»

Seine Frau Fatma bringt ein Tablett mit Tee, setzt sich neben ihn und zündet sich eine Zigarette an. Sie ist Mitte 20 und hat ein schmales, fast kindliches Gesicht, die Augen sind mit Kajal umrandet. Ihr weisses Kopftuch hat sie nach syrischer Mode leicht übers Kinn gezogen und eng am Hinterkopf festgesteckt. Die beiden Söhne, acht und fünf Jahre alt, spielen mit dem Handy der Mutter.

Fatma arbeitet in derselben Firma. Sie sortiert mit anderen Frauen Ballen mit Plastikabfällen, während Ismail an der Maschine steht, einem rund 50 Meter langen und hoch aufragenden Konstrukt aus Trichtern, Wannen und Förderbändern. Dort füllt er das vorsortierte Plastik ein, gibt erst Wasser in das

Waschbecken und fügt dann Öl und Säurepulver hinzu, um das Material aufzuweichen. In der Maschine wird das Plastik zu kleinen flachen Plättchen geschmolzen, dem Rezyklat, das als Rohmaterial an Kunststofffabriken geht.

«In der Pause können wir nur schnell etwas essen», sagt Ismail. «Wir bekommen ein bisschen Brot und Käse, einige Oliven, das ist alles. Dann geht es weiter. Unseren Tee müssen wir zwischen all dem Dreck an der Maschine trinken.»

Drecksarbeit für Europa | Vor sechs Jahren befanden sich an den Rändern des Industriegebiets von Adana noch Brachflächen und Gemüesfelder. Jetzt reiht sich dort eine Recyclingfabrik an die nächste. Der Boom dieses Industriezweigs in der Türkei hängt mit der Umweltpolitik in Europa und den Preisen für Rohöl zusammen: Bis 2035 will die EU 65 Prozent der Abfälle aus Haushalten recyceln. Weil so manches von Hand vorsortiert werden muss, ist europäischen Müllverwertern das Recycling zu teuer. Deshalb verkaufen sie es in Billiglohnländer. Zunächst ging der europäische Müll vor allem nach China, bis das Land 2017 einen Importstopp verhängte. Inzwischen ist die Türkei der grösste Importeur. Für die Kunststoffproduzenten lohnt es sich, statt Rohöl Rezyklat zu verwenden, auch aufgrund der steigenden Ölpreise. Um Rezyklat möglichst billig herstellen zu können, beschäftigen Recyclingfirmen Menschen wie Ismail und Fatma. Ismail bekommt umgerechnet

52 Franken pro Woche, Fatma 46 Franken. Ihr Lohn entspricht zwar dem türkischen Mindestlohn, aber Ismail und Fatma arbeiten ohne Sozialversicherung, sprich: illegal.

Vor ein paar Jahren hat sich Ismail verletzt, als ein Ballen von einem Stapel rutschte. Weil er danach einige Wochen lang nicht arbeiten konnte, musste er sich Geld leihen. «Mein Chef hat mir 300 Lira gegeben. Das reichte hinten und vorne nicht», meint Ismail. Die Summe entsprach damals etwa 42 Franken, etwa zehnmal so viel schuldet er immer noch einem Bekannten, deshalb arbeitet Fatma mit. «Ich wäre lieber Hausfrau und würde mich gerne um die Kinder kümmern, aber was mein Mann verdient, reicht nicht», sagt sie mit Trotz in der Stimme. Während die Eltern arbeiten, sind die beiden Kinder bei einer Nachbarin. «Mein Ältester ist acht, er sollte zur Schule gehen», sagt Fatma. «Aber das können wir uns nicht leisten.»

Vier Millionen Geflüchtete leben in der Türkei, davon 3,6 Millionen Syrer*innen. Nur etwa ein Prozent von ihnen bekommt eine Arbeitserlaubnis. Rund eine Million Syrer*innen arbeiten im informellen Sektor, vor allem in der Landwirtschaft, in Textilfabriken, auf dem Bau und in Restaurants. Wie viele im Recyclingsektor arbeiten, ist unklar, aber im Gewerbegebiet von Adana sieht man sie überall.

«Mein Chef sagt, dass er uns Syrer einstellt, um uns zu helfen», erzählt Ali. Der 30-Jährige mit dem freundlichen runden Gesicht arbeitet in einem Depot, in dem Müll sortiert wird. Derzeit ist er dort der einzige Syrer. «Bis vor Kurzem waren wir zu sechst», sagt er. Ausser ihm und einem älteren Mann waren es Kinder. «Sie waren elf oder zwölf Jahre alt, kamen ein paar Tage und dann wieder nicht – immer nur dann, wenn ihre Familien Geld brauchten.» Ali sitzt am Fenster seiner kargen 2-Zimmer-Wohnung in Şakirpaşa, einem Armenviertel von Adana. Seine Arbeitsstelle kann er

*Die Namen der syrischen Protagonist*innen wurden zu ihrem Schutz geändert.



In den Recycling-Fabriken in der Türkei arbeiten häufig Geflüchtete.

zu Fuss erreichen, vorbei an Häusern aus tristem Beton.

Ali spricht ruhig und sachlich – auch über den Bombenangriff in Syrien, bei dem er schwer verletzt wurde. Weil er mit dem rechten Arm nicht mehr arbeiten kann, wollte ihn in der Türkei zunächst niemand einstellen. Er sammelte Plastikmüll aus Mülleimern und verkaufte ihn an Recyclingfabriken. Bei einer fand er schliesslich einen Job. Jetzt sortiert er Plastik nach Farben und danach, ob die Maschine es verarbeiten kann. Er verdient umgerechnet fünf Franken am Tag. Wegen der hohen Inflation in der Türkei reicht das magere Gehalt kaum für Lebensmittel. «Mein Chef sagte, du kannst nur mit einer Hand arbeiten, deshalb bekommst du nur die Hälfte», sagt er. Ali ist auf den Job angewiesen, aber die meisten blieben nur ein paar Tage: «Sie halten den Gestank nicht aus. Er ist schädlich für die Lunge.» Plastikprodukte enthalten oft chemische Zusatzstoffe, die sich im Zersetzungsprozess lösen. «Wegen meines Asthmas leide ich manchmal unter Kurzatmigkeit, wenn ich mit dem Plastik arbeite», sagt Ali. Woher das Material stammt,

das in der Fabrik verarbeitet wird, weiss er nicht. Er vermutet, es sei Haushaltsmüll aus der Umgebung von Adana.

Ismail arbeitete bis vor einigen Monaten bei einer grossen Firma, die Plastikabfall aus dem Ausland importierte. Manchmal seien ausländische Prüfer*innen gekommen, um die Maschinen und die Arbeitsverträge zu kontrollieren, erzählt er. Die Kontrollen seien angekündigt gewesen. «Als einmal eine Gruppe aus Deutschland kam, mussten wir bis Mitternacht die ganze Fabrik putzen und durften uns dann nicht blicken lassen, bis der Vorarbeiter uns anrief.»

Nervöse Branche | «Die meisten grösseren Firmen kaufen Abfallmaterial aus Europa», berichtet ein Umweltingenieur einer Recycling-Fabrik, der nicht namentlich genannt werden möchte. Seine Firma kaufe vor allem Material aus Israel und Deutschland. «Dort wird der Plastikabfall gut vorsortiert, die Qualität ist besser als beim Abfall, den wir in der Türkei bekommen.»

In der Fabrikhalle neben seinem Büro reissen Arbeiter die mannshohen Ballen,

in denen das Material zusammengeschnürt angeliefert wird, mithilfe eines Gabelstaplers auseinander. Vier Frauen sammeln das lose Material auf und werfen es auf das Förderband einer Maschine, die die halbe Halle ausfüllt. «Die Arbeiter*innen bitte nicht aus der Nähe fotografieren», sagt der Ingenieur. Der Grund ist offensichtlich. Auch hier wird ohne Arbeitsbewilligung gearbeitet.

Die Branche ist nervös. Immer wieder beklagen sich Umweltschützer*innen und Anwohner*innen darüber, dass die Recyclingfirmen die Natur zerstören. Denn die nicht verwertbaren Reste landen auf Brachflächen. Ein beliebter Ablageplatz ist der Kanal, der durch das Gewerbegebiet fliesst. Er führt südlich von Adana in den Fluss Seyhan, der ins Mittelmeer mündet. Auf zwei Quadratkilometern um den Kanal liegt Plastikmüll. Manche Haufen glimmen vor sich hin. Das Wasser wirft Schaumblasen. Plastikschnipsel und verbrannte Reste treiben darin. Die Etiketten auf den intakten Verpackungen am Ufer verraten deren Herkunft: Hundefutter aus Grossbritannien, Mineralwasser aus Schweden, Schnitt-



Illegal entsorgter Plastikmüll...



... der aus ganz Europa stammt.

käse aus Österreich, Tiramisu aus Polen. Aus Deutschland: Orangensaft von Aldi und Pizza von Dr. Oetker.

Ismail weiss, wie der Müll dort hingekommen ist. Bei seinem früheren Arbeitgeber musste er den aussortierten Restmüll alle paar Tage auf einen Lastwagen laden und zum Kanal fahren, stets nach Einbruch der Dunkelheit. «Wir haben ihn entlang des Ufers verteilt und angezündet», sagt er. «Bei der nächsten Fuhre haben wir dann die Reste in den Kanal geschaufelt.» Dabei sei der Müll so verteilt worden, dass das Wasser ihn wegsplülte. «Die Reste von der Müllabfuhr abholen zu lassen, hätte die Firma bezahlen müssen», sagt Ismail und zieht verächtlich die Augenbrauen hoch.

Im Mai 2021 veröffentlichte Greenpeace einen Bericht über die Umweltverschmutzung in Adana. Kurz darauf stoppten die Behörden den Import der häufigsten Sorten von Plastikabfall. Die Recyclingfirmen mussten nachweisen, dass sie nach geltenden Umweltstandards arbeiten. Doch trotz des Annahmestopps haben die Importe mittlerweile wieder fast das alte Niveau erreicht.

Legale Jobs wären nötig | Mit einem Importverbot ist den Arbeiter*innen ohnehin nicht geholfen, denn dann greifen die türkischen Recyclingfirmen auf heimische Plastikabfälle zurück, was die Arbeit erschwert. Weil für die Haushalte kein Trennsystem existiert, landen Plastikverpackungen, Essensreste und alles andere in derselben Tonne.

Bei der grossen Firma, die den Abfall importiert habe, sei das Material ziemlich

sauber gewesen, erzählt Ismail. Da, wo er jetzt arbeite, komme hingegen oft richtig dreckiger Müll an – alles aus der Umgebung, vermutet er. «Der Gestank dringt sogar in den Pausenraum. Selbst mit zehn Atemschutzmasken würde man ihn immer noch riechen.» Ausserdem arbeite die Firma sowieso gesetzwidrig, erzählt er. Sogar der Strom werde illegal abgezapft. Er zeigt ein Video auf seinem Handy, das zeigt, wie ein Gabelstapler angelieferte Müllballen auseinanderreisst. Dünne farbige Tüten hängen in Fetzen heraus, aus dem Inneren steigt eine Dunstwolke.

Das Einzige, was Menschen wie Ismail, Fatma und Ali helfen würde, sind legale Jobs und bessere Arbeitsbedingun-

gen in den Fabriken. Doch würde die Türkei den Geflüchteten eine Arbeitserlaubnis erteilen, würde sie die eigene Bevölkerung gegen sich aufbringen. Angesichts von 36 Prozent Inflation und 22 Prozent Jugendarbeitslosigkeit sehen mehr und mehr Menschen die Geflüchteten als Konkurrenz. Es kommt vermehrt zu Gewalt gegen Geflüchtete.

Was bleibt, ist die Verantwortung der Exportländer und der Entsorgungsbetriebe: Sie müssten aufhören, bei ihren Geschäftspartner*innen im Ausland Umweltverschmutzung und die Ausbeutung von Arbeiter*innen zu dulden. |

Die Recherche wurde unterstützt durch ein Stipendium von Journalismfund.eu

Der Wind trägt den Abfall in Weidezonen.



Kriegsverbrechen auf der Spur

Das Evidence Lab analysiert Inhalte aus den sozialen Medien und weiteren Quellen, um mögliche Kriegsverbrechen in der Ukraine zu dokumentieren. Ein Bericht über die Arbeit dieses Amnesty-Teams. Von Jean-Marie Banderet

Auch drei Wochen nach den Bombenangriffen auf Borodianka, etwa 40 Kilometer nordwestlich von Kiew, werden noch Leichen ziviler Opfer geborgen. Doch je mehr Zeit vergeht, umso schwieriger wird es herauszufinden, was genau mit den Menschen am 1. März 2022 in dieser Kleinstadt geschah – denn viele Beweismittel sind bereits verschwunden. Die Amnesty-Researcherin Donatella Rovera hat sich vor Ort begeben, um die Zerstörungen zu dokumentieren und Zeug*innen-Aussagen zu sammeln. Um sie zu unterstützen, sammelt und analysiert das Evidence-Lab-Team online verfügbare Inhalte.

Das Evidence Lab ist Teil des Krisenreaktionsprogramms von Amnesty International. Das Team von Spezialist*innen, das Milena Marin leitet, hat seit Beginn des Krieges in der Ukraine viel zu tun. Innerhalb von zwei Monaten wurden mehr als 1000 Open-Source-Inhalte gesammelt, die in sozialen Netzwerken aufgetaucht sind. Durch das Zusammenfügen und Kombinieren dieser Ressourcen konnten bereits rund 50 verschiedene Ereignisse dokumentiert werden. Allesamt potenzielle Kriegsverbrechen.

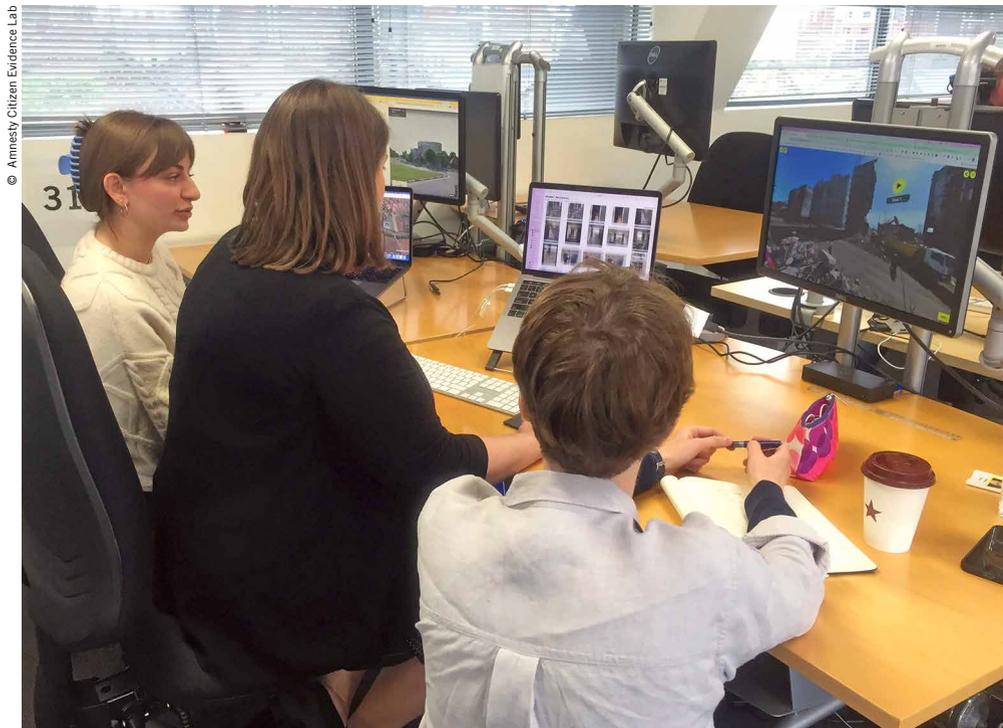
Vertiefte Bildanalyse | Das Team ist gerade dabei, Fotos, GPS-Koordinaten und Listen vermisster Personen aus Borodianka zu suchen und zu analysieren. Auch Aussagen von Überlebenden der Luftangriffe auf fünf Wohnhäuser werden hinzugezogen. Dabei wurde

bereits aufgedeckt, dass russische Truppen schon am 25. Februar vor Ort waren – lange bevor die Stadt im Rahmen der Offensive auf die ukrainische Hauptstadt eingenommen wurde.

Wie sie arbeitet, zeigt uns die Open-Source-Spezialistin Ray Adams Row Farr, die die Recherchen leitet: Um die Zerstörungen in Borodianka zu rekonstruieren, durchforstet Ray das Internet und soziale Netzwerke nach Aufnahmen von User*innen. «Mithilfe von InVID, ei-

ner Software, mit der man Twitter nach Multimedia-Inhalten durchsuchen kann, fand ich ein Bild vom 1. März um 16.17 Uhr Ortszeit: Es zeigte eines der Gebäude, an denen wir interessiert sind», sagt die Forscherin. Deutlich ist ein intaktes Gebäude mit einer besonderen Fassade zu sehen – für den Zweck der Untersuchung wird es den Namen Haus 429 erhalten. Im Vordergrund sieht man einen mit Raketenwerfer-Rohren beladenen brennenden Lastwagen, auf den ein weisses V gemalt wurde – ein Hinweis, dass es sich wohl um ein russisches Fahrzeug handelt.

Haus 429 | Der nächste Schritt besteht darin, das Bild zu verifizieren: Der Ort der Aufnahme kann am besten überprüft werden, indem dieses Bild mit ande-



Mitglieder des Evidence Lab diskutieren die Aufnahmen aus Borodianka.

Das Untersuchungsobjekt Haus 429 im Vollbrand und auf einer Satellitenaufnahme, die die Zerstörungen durch die Bombardierungen zeigt.



ren Hinweisen abgeglichen wird, beispielsweise mit den von Donatella Rovera eingesandten Bildern, die GPS-Daten enthalten, aber auch mithilfe von Google Street View, Yandex.Maps und weiteren Online-Karten. «Die russische Suchmaschine Yandex liefert für die Ukraine die besten Ergebnisse, sowohl bei Bildern als auch bei detaillierten Karten», sagt Ray Adams Row Farr. Anhand der gut sichtbaren Unterschiede in der Fassadenbemalung des abgebildeten Gebäudes wird rasch klar: Es handelt sich tatsächlich um das Haus 429 beim Verkehrskreisel der Borodianka-Allee. Nun geht es um das Datum, vielleicht sogar die Uhrzeit der Veröffentlichung des Bildes: «Mithilfe der sogenannten Reverse-Image-Suche können wir weitere Versionen desselben Bildes im Internet finden», erklärt Milena Marin. Wenn kein Ergebnis der Suche übereinstimmt, bedeutet dies, dass das untersuchte Bild zum ersten Mal gepostet wurde.

Ein Video, das am 1. März etwa sechs Stunden vor den Angriffen auf Twitter auftauchte, scheint zu bestätigen, dass russische Truppen vor der Bombardierung vor Ort waren. Es zeigt einen russischen Panzer, der ebenfalls mit einem weißen V markiert ist und auf dem Soldaten sitzen. Zwei von ihnen feuern Schüsse direkt in die Richtung der filmenden Person ab. Um auch hier den Ort der Szene zu bestimmen, sucht das Team nach weiteren Hinweisen im Video: Gebäude, Farben, Bäume, Strassenschilder, Plakate, Schatten, Beschriftungen. Diese werden mit Kartendaten und Bildern abgeglichen. Das Schild eines Geschäfts, an dem der Panzer vorbeifährt, und die besondere Form der Eingangstür und der Fenster ermöglichen es, den Ort der Szene zu bestimmen.

Wieder handelt es sich um den Verkehrskreisel an der Allee, direkt vor dem Gebäude 429.

Mit diesen Aufnahmen wird deutlich, wie das Gebiet vor den Anschlügen aussah. Ein weiteres Video, das am 1. März um 19.17 Uhr Ortszeit gepostet wurde, zeigt denselben Verkehrskreisel in einer 360°-Aufnahme weniger als zwei Stunden nach dem Angriff. Das brennende Gebäude 429 ist aufgrund der Fassadenbemalung deutlich zu erkennen, wie auch das Geschäft aus dem Video.

Ein Puzzle von Hinweisen | Bei diesen Ermittlungen arbeitet das ganze Team Hand in Hand. Mit dabei sind auch der Waffenexperte Brian Castner, die Spezialistin für Satellitenaufnahmen Micah Farfour und die Researcherin Donatella Rovera, die über Kenntnisse des Geländes verfügt. «Brian ist in der Lage, Militärfahrzeuge oder andere Waffenteile genau zu identifizieren. Das ist besonders wichtig in einem Krieg, in welchem ein Grossteil der Waffen beider Seiten aus sowjetischer Produktion stammt», sagt Milena Marin. Um die Verwechslungsgefahr zu minimieren, hält sich

das Evidence Lab über den Verkauf von Rüstungsgütern auf dem Laufenden – in diesem Fall über russisches Material, das an die Ukraine verkauft wurde. Die auf russische Fahrzeuge aufgemalten Erkennungszeichen geben Aufschluss darüber, zu welchen Bataillonen sie gehören. Es kommt jedoch wiederholt vor, dass Ausrüstung der einen Seite von der anderen Seite erbeutet und verwendet wird, was die Identifizierung der Streitkräfte erschwert. In diesem Fall wird anhand ihrer Position, der Dauer ihrer Anwesenheit vor Ort und der Richtung, in die die Kanonen zeigen, festgestellt, wer dieses Kriegsmaterial gerade im Einsatz hat.

In Borodianka wird das Panzermodell, das auf dem Video zu sehen ist, sowohl von Russland als auch von der Ukraine eingesetzt. Hier kommt Micah Farfour ins Spiel. Anhand von Satellitenbildern kann sie bestimmen, seit wann sich solche Fahrzeuge in dem Gebiet befanden. Diese Informationen werden wiederum mit weiteren Daten zur russischen Invasion verglichen. Hinzu kommen die Aussagen der Menschen vor Ort. Langsam fügt sich das Puzzle zu einem Bild zusammen. |

Eine 360°-Visualisierung der Beweise, die während dieser Untersuchung gesammelt wurden, ist unter folgender Adresse verfügbar (in Englisch): amnesty-borodyanka.holoscribe.site/



Putin rockt nicht

Der bekannte russische Musikkritiker Artyom Troitsky ging ins estnische Exil, als Russland 2014 die Krim annektierte. Heute gehört er zu den schärfsten Kritiker*innen des Überfalls auf die Ukraine.

Von Tigran Petrosyan

Er ist Anarchist und Pazifist und zählt zu den prominentesten russischen Kreml-Kritiker*innen. Artyom Troitsky ist für seine Frechheit und Schärfe bekannt. Der Journalist und Musikkritiker schreibt Bücher, spielt in Filmen mit, und seine Radiosendungen sind von zynischem Humor geprägt. Als Russland 2014 die Krim annektierte und in der Ostukraine einmarschierte, verliessen er und seine Familie Russland aus Protest. Heute leben die Troitskys in der estnischen Hauptstadt Tallinn und gehen dort gegen den Ukrainekrieg auf die Strasse. «Wir wollten nicht, dass un-

sere Kinder in einem autoritären Russland aufwachsen», sagt der 66-Jährige.

Voller Abscheu spricht Troitsky über die zunehmende Militarisierung Russlands. Es sei Wladimir Putin gewesen, der den zweiten Tschetschenienkrieg provoziert habe, 2008 in Georgien einmarschiert sei, vor acht Jahren die Krim annektiert habe und heute die Ukraine zerlegen wolle. «Ich hasse den Krieg und den Kremlchef», sagt Troitsky. Als «absoluter Kosmopolit» wehre er sich gegen die nationalistische Rhetorik des Kremls. Er lehne die Ideologien der Orthodoxie und den Panlawismus ab, «kein Schrecken, der immer wieder in starken Tönen im heutigen Russland anklingt».

Seit Putin vor mehr als 20 Jahren an die Macht kam, wurde die Meinungsfrei-

heit immer stärker missachtet und die staatliche Zensur zunehmend verschärft. «Die Korruption in den Behörden, Kritik an Putin, Recherchen über sein Vermögen und das seines Umfelds sind nach wie vor Tabuthemen», sagt Troitsky, der in den 1990er-Jahren ein prominenter Fernseh- und Radiomoderator war. Er war ausserdem der erste Redaktor des russischen «Playboys» und Autor der «Nowaja Gaseta», einer der wenigen unabhängigen Zeitungen in Russland, die ihre Arbeit heute ebenfalls aus dem Exil machen muss. Im estnischen Exil spricht er unter anderem im Fernsehsender ARU TV, um die repressive Politik der Regierung Putin und deren Menschenrechtsverletzungen sowohl in Russland als auch im verbündeten Belarus zu kritisieren.

Tigran Petrosyan ist Reporter in Osteuropa.

Artemy Troitsky an einer Kundgebung in Moskau 2010, an welcher gegen die Abholzung eines Waldes protestiert wurde.

Scharfe Zensur | Der Umgang mit Musik zeige beispielhaft, wie scharf die Zensur in Russland sei: «Das Regime in Moskau hat verstanden, dass Musik eine revolutionäre Rolle spielt», sagt Troitsky. Also verbiete der Kreml alles, was nicht genehm sei, und bestimme über die Musik – wie bereits zu Zeiten der UdSSR, als Lieder über Patriotismus, den Sieg der Roten Armee im 2. Weltkrieg, die Kommunistische Partei und ihren Anführer Wladimir Lenin im Chor gesungen wurden. Heute würden in Russland Lieder über Putin gesungen. Dabei gingen manche Interpret*innen so weit, ihn als charmanten Verführer und Traummann darzustellen. «Das ist so albern und billig, dass diese Lieder kein grosses Ansehen geniessen», sagt Troitsky. «Was beweist, dass die Mehrheit ihren Verstand noch nicht verloren hat.»

Der Sänger Wadim Samoilow brachte 2003 mit seiner Band ein Album heraus, dessen Texte der Chef der Kremlverwaltung geschrieben hatte. Troitsky nannte den Musiker in einer russischen Fernsehsendung einen «dressierten Pudel», der Putins Propagandamaschine diene. Der kremlnahe Sänger verklagte den Musikkritiker daraufhin – es war nicht das einzige Mal, dass Troitsky vor Gericht stand.

Doch liess er sich davon nicht beirren. Auf einem Konzert in Russland bezeichnete er Mitglieder der Verkehrspolizei als «schmutzige Bullen» und «Werwölfe in Uniform». Einem korrupten Verkehrspolizisten verlieh er den Schmähpriest «Machen Sie Platz für den Streitwagen». Denn nach Ansicht Troitskys hatte die Polizei Fakten über einen skandalösen Autounfall vertuscht, bei dem eine renommierte Ärztin und ihre Schwiegertochter ums Leben gekommen waren.

Der mutmassliche Unfallverursacher, Anatoly Barkov, damals Vizepräsident des russischen Ölkonzerns Lukoil, wurde so gedeckt. Troitskys Äusserung inspirierte den Rapper Noize MC zu seinem Song «Machen Sie Platz für den Streitwagen», der sehr populär wurde.

Troitsky kann sich noch gut an die 1980er-Jahre erinnern, als Undergroundsongs zu Hymnen der Perestroika wurden. «Diese guten Traditionen sind wieder aufgenommen worden, dank Putin, Geheimpolizei und Zensur», sagt der Musikkritiker. Protestlieder spielten immer noch eine wesentliche Rolle in Russland. Heute seien viele Rockgruppen und Rapper*innen politisch aktiv. Sie protestierten sowohl auf der Bühne als auch auf den Strassen und müssten dann oft ins Exil gehen, wenn sie nicht im Gefängnis landen wollten. «Die Ereignisse auf dem ukrainischen Maidan in den Jahren 2012 bis 2014 haben einmal mehr gezeigt, dass die Musik Menschen mobilisieren kann. Das wollen die Machthaber in Russland unterbinden.»

Trotziger Dozent | Bevor er seine Heimat verliess, unterrichtete Troitsky an der Staatlichen Universität Moskau, einer seit Sowjetzeiten renommierten Hochschule, und verfolgte dabei seine eigene Agenda. Bis zu 400 Studierende besuchten seine Vorlesungen, in denen er regierungskritischen Musiker*innen eine Plattform bot. So lud er zum Beispiel Andrej Makarewitsch ein, den Sänger der legendären Rockband Maschina Wremeni (Zeitmaschine), der die Annexion der Krim und die russische Intervention im Donbass scharf kritisiert hatte. Die staatli-

chen Massenmedien griffen den Musiker an, seine Konzerte wurden abgesagt. Troitsky wurde ins Dekanat einbestellt und musste in der Folge den Inhalt seiner Vorlesungen vorab mit dem Dekan und dem Rektor der Universität abstimmen. Er ignorierte die Vorgaben jedoch und lud stattdessen Journalist*innen des einzigen unabhängigen Fernsehsenders Doschd ein, der inzwischen wegen seiner kremlkritischen Berichterstattung über den Ukrainekrieg abgeschaltet wurde.

Troitskys Gehalt wurde insgesamt zwanzig Mal gekürzt – auf schliesslich 31 Euro im Monat. Nachdem ihn auch noch der russische Geheimdienst mehrfach aufgesucht hatte, verliess er die Universität schliesslich: «Ich habe aufgegeben, aber nicht wegen des Geldes, sondern wegen der Zensur», sagt Troitsky.

Der Geheimdienst hatte sich bereits zu Sowjetzeiten für die Arbeit des Musikkritikers interessiert. Als er zur Soziologie der modernen Musik forschte, klopfen KGB-Männer häufig an seine Tür, um ihn anzuwerben, weil er Kontakte zum Ausland hatte und sich mit Auslandskorrespondent*innen in Moskau traf. «Ich kenne keine Spione und bin selbst keiner», sagt Troitsky.

Die russischen Behörden hätten die Methoden des sowjetischen Geheimdiensts perfekt adaptiert, sagt Troitsky. Sie gingen in gleicher Weise mit Zensur, Repression, Festnahmen und Folter gegen Menschen vor, die sich gegen Diktatur, Korruption und nun auch gegen den Krieg stellten. Doch Troitsky ist sich sicher: «Der grosse Widerstand kommt noch – gegen den Staats- und Kriegsverbrecher Wladimir Putin.»

«Die Ereignisse auf dem ukrainischen Maidan in den Jahren 2012 bis 2014 haben einmal mehr gezeigt, dass die Musik Menschen mobilisieren kann. Das wollen die Machthaber in Russland unterbinden.»

Artemy Troitsky

Zin

Das Bilderbuch «Zin» erzählt die Geschichte von Zineddine, einem Jungen aus dem Libanon, der als Hilfskraft in einer Druckerei zu arbeiten beginnt, um seine Familie zu unterstützen. Durch die tägliche Arbeit am Setzkasten und an der Druckmaschine bringt er sich das Lesen bei. Wegen eines politischen Zwischenfalls erfährt er, welche Kraft Buchstaben und Wörter eigentlich haben. Das Buch erzählt die Geschichte des Vaters des Autors und Illustrators Hassan Zahreddine. Die Bilder sind im aufwendigen Mezzotinto-Druckverfahren hergestellt und wirken auf den ersten Blick etwas düster. Aber gerade dadurch entfalten sie eine tiefe Wirkung.



Hassan Zahreddine
Zin. Eine Geschichte aus dem Libanon.
Ab 6 Jahren.
Baobab Books, 2022.
32 Seiten.

Was ist Rassismus?

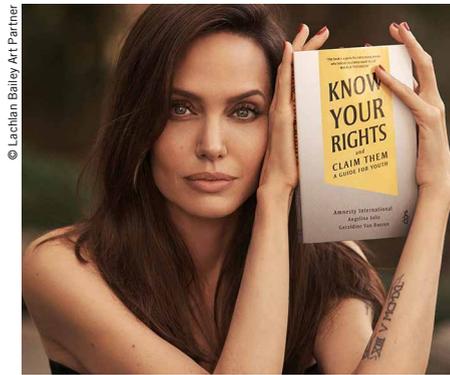
Schon ganz junge Menschen fragen sich: Warum sehen wir so unterschiedlich aus? Warum hat mein Kindergartenpännli eine andere Hautfarbe? Fragen, die auch für uns Erwachsene nicht leicht zu beantworten sind. In der Reihe «Aufklappen und Verstehen» erschien im Februar ein neues Aufklappbuch zum Thema «Was ist Rassismus?». Kinder ab 4 Jahren finden hier einfache und verständliche Antworten auf diese und andere wichtige Fragen zu Rassismus, Toleranz und Inklusion.



Katie Daynes, Akpojaro, Jordan.
Erstes Aufklappen und Verstehen: Was ist Rassismus?
Ab 4 bis 6 Jahren.
Usborne-Verlag, 2022.
12 Seiten.

«Du hast Rechte!»

Die Schauspielerin Angelina Jolie und Amnesty International haben zusammen ein Buch für Kinder und Jugendliche herausgegeben, das diese über ihre Rechte informiert und sie ermutigt, sich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren. Von Natalie Wenger



Angelina Jolie hat gemeinsam mit Amnesty International ein Buch veröffentlicht, das Kindern ihre Rechte näherbringen will.

«Du hast Rechte!» ist das Buch, von dem manche Erwachsene nicht wollen, dass Kinder es lesen. Denn es gibt den Kindern das nötige Wissen, um ihre und die Rechte anderer zu verteidigen», sagte die Schauspielerin und Uno-Botschafterin Angelina Jolie anlässlich der Veröffentlichung des Sachbuchs. Die Schauspielerin hat es gemeinsam mit Geraldine Van Bueren, einer Menschenrechtsanwältin und Expertin für Kinderrechte, produziert – in Zusammenarbeit mit Amnesty International.

Im Vorwort des Buches schreibt Jolie: «Egal, wer du bist und wo du wohnst, unabhängig von deiner Hautfarbe, deiner ethnischen Zugehörigkeit, deiner Religion oder deinem Geschlecht, egal, ob du arm oder reich bist – dein Leben ist genauso viel wert wie das Leben eines Erwachsenen und jedes anderen jungen Menschen auf dieser Welt. Niemand hat

das Recht, dir wehzutun, dich zum Schweigen zu bringen, dir vorzuschreiben, was du denken oder glauben sollst, dich zu behandeln, als wärst du nichts wert, oder dich daran zu hindern, voll an der Gesellschaft teilzuhaben.»

Das Buch legt auf anschauliche Weise dar, wie das Konzept der Kinderrechte durch die Uno-Kinderrechtskonvention entstanden ist. Die einzelnen Rechte werden kurz und altersgerecht erklärt und anhand von Beispielen von Kindern und Jugendlichen aus aller Welt, die sich für ihre Rechte einsetzen, veranschaulicht.

«Wenn die Regierungen ihr Wort halten und alle Erwachsenen die Kinderrechte respektieren würden, dann bräuhete es dieses Buch nicht. Kinder haben genauso Rechte wie Erwachsene», sagte Angelina Jolie. Das Buch lässt keinen Zweifel: Kinderrechte sind Menschenrechte und gehen alle etwas an. In dem Sinne soll es nicht nur aufklären, sondern die jungen Leser*innen auch ermutigen und ermächtigen, aktiv zu werden. Nur wer seine Rechte kennt und diese auch versteht, kann Gerechtigkeit einfordern.



Angelina Jolie.
Du hast Rechte!
Kinderrechte erklärt für Kinder und Jugendliche.
Ab 11 Jahren.
Loewe-Verlag, 2022.
288 Seiten.



Demonstrant*innen protestierten am 28. März 2011 in Swaeda im Süden Syriens mit Flaggen und Kerzen gegen die brutale Gewalt der Regierung.

Der letzte Syrer

In «Der letzte Syrer» erzählt Omar Youssef Souleimane von der Niederschlagung der demokratischen Protestbewegung 2011. Es ist ein bedrückender, aber auch ein sinnlicher und poetischer Debütroman.

Von Boris Bögli

Sie sind jung, sie hoffen auf Freiheit, Demokratie und ein Ende der Korruption: Eine Gruppe von Student*innen organisiert 2011 in Syrien Demonstrationen gegen das Regime, dokumentiert das brutale Vorgehen von Assads Schergen und pflegt Verwundete in einer geheimen Krankenstation. Die Held*innen in Omar Youssef Souleimanans Buch sind die energiegeladene Alawitin Josephine, der Bauernsohn Chalil, der sich in sie verliebt, der mutige Taxifahrer Adel und der schwule Romantiker Youssef, der sich in eine Affäre mit dem unpolitischen, sexsüchtigen Kleiderhändler Mohammed stürzt.

Auf einer Kundgebung in der späten Rebellenhochburg Homs erleben die Aktivist*innen einen kurzen Moment des vollkommenen Glücks. Begleitet von der Revolutionssängerin Sahida, ziehen sie durch die Strassen, Hunderte schliessen sich ihnen an, singen, tanzen, rufen Parolen. Frauen werfen Blumen und Reis von den Balkonen, sogar die Bäume im Park tanzen mit.

Doch die Geheimdienste sind überall. Der Druck auf die Gruppe wächst.

Heckenschützen lauern auf den Dächern. Die sunnitische und alawitische Bevölkerung steht dem Geschehen skeptisch gegenüber. An den Demonstrationen sind immer mehr islamistische Fahnen zu sehen, die unverschleierte Josephine wird von Bärtigen zurechtgewiesen, es riecht nach Verrat. Und immer wieder fliesst Blut.

«Der letzte Syrer» ist aber mehr als eine Dokumentation der gescheiterten syrischen Revolution. Souleimane erzählt von der Gedankenwelt und vom Lebensgefühl der jungen Protagonist*innen, ihrem Ausbruch aus religiösen Konventionen und familiärer Enge, ihrer Suche nach Liebe. Er auferlegt sich keine Schranken, weder in den erotischen Szenen noch bei den Schilderungen grausamster Folterungen im berühmten Faraa-Falastin-Gefängnis.

Der Roman lebt von scharfen Kontrasten. In die immer schrecklichere Gewalt mischen sich kleine poetische Szenen, in denen man beinahe glaubt, die Zypressen riechen und den Sternenhimmel über Homs sehen zu können. Wenn der angetrunkene Mitläufer Ra-

schid stolpert, entschuldigt er sich bei der Erde, weil er nicht sanft genug aufgetreten sei. Youssef träumt von einem Schmetterling, zur Hälfte schwarz mit gelben Tupfen, zur Hälfte weiss mit braunen Sprenkeln.

Doch am Ende bleibt für die Überlebenden nur das Exil, genau wie für den Autor. Der 1987 nahe Damaskus geborene Omar Youssef Souleimane floh bei Ausbruch des Bürgerkriegs aus Syrien und lebt heute in Frankreich. «Der Traum, in einem Land ohne Gewalt und Diktator zu leben, ist der letzte Syrer», erklärt Souleimane den Titel seines empfehlenswerten Buches. |



Omar Youssef Souleimane.
Der letzte Syrer.
Lenos-Verlag, 2022.
193 Seiten.

«Uns reicht's!»

Vergewaltigungen und sexualisierte Gewalt sind ein aktuelles gesellschaftliches Thema mit einer langen Vergangenheit. Unsere Praktikantin Julie Bernet schildert, wie eine neue Ausstellung im Anna-Göldi-Museum die Vergangenheit der sexualisierten Gewalt mit der Gegenwart verbindet.

Von Julie Bernet



Die Ausstellung «Uns reicht's» gibt Einblick in die Geschichten von Betroffenen.

Seit dem Beginn meines Praktikums beschäftige ich mich mit dem Thema der sexualisierten Gewalt und der Revision des Schweizer Sexualstrafrechts. Mir wurde dabei schnell klar, wie stark sexualisierte Gewalt in der Schweiz noch verbreitet ist.

Obwohl wir das Jahr 2022 schreiben und in einem modernen Staat leben, hat dieser immer noch ein Strafrecht, das das Verhalten von Opfern hinterfragt und die Realität, Unterschiedlichkeit und

Häufigkeit von Vergewaltigungen nicht anerkennt. Das schockiert mich.

Ein Blick in die Vergangenheit macht deutlich, wie erschreckend wenig sich geändert hat: Wie vor Jahrhunderten wird den betroffenen Personen auch heute noch oft nicht geglaubt, stattdessen wird

Verhalten der Tatperson. Wie weit dies bis heute noch geht, wurde mir erst kürzlich bewusst: Um der Ohnmacht der Betroffenen und den in der Gesellschaft vorherrschenden Stereotypen entgegenzuwirken, hat Amnesty Schweiz die Ausstellung «Uns reicht's! Von sexualisierter

«Mir wurde schnell klar, wie stark sexualisierte Gewalt in der Schweiz noch verbreitet ist.» Julie Bernet

ihr Verhalten in der Tatsituation hinterfragt. Sie werden auch heute noch häufig nicht ernstgenommen. Das hindert viele daran, für ihre Rechte einzustehen und Anzeige zu erstatten. Noch heute bleiben sexuelle Übergriffe sehr oft unbestraft. Ein zeitgemässes Sexualstrafrecht muss aber der Realität von Betroffenen gerecht werden und die sexuelle Selbstbestimmung schützen.

Mythen aufbrechen | Was von sexualisierter Gewalt Betroffene durchmachen, erlebte auch Anna Göldi, die als «letzte Hexe» der Schweiz mit dem Schwert hingerichtet wurde. Nach einer Affäre mit einem mächtigen Mann wurde sie 1782 gefoltert und schliesslich getötet. Was wirklich geschah, ist bis heute unbekannt. Anna Göldi wurde jedoch kurz vor ihrer Hinrichtung vom Gericht zum Vorwurf der sexuellen Verfehlung verhört.

Die Geschichte Anna Göldis zeigt, was in unserer Gesellschaft bis heute tief verankert ist: Das Verhalten des Opfers wird als Erstes infrage gestellt, nicht das

Gewalt Betroffene brechen mit Mythen, Tabus und Stigmata» konzipiert. Mit der Ausstellung wollen wir die Vergewaltigungsmythen aufbrechen, indem von sexualisierter Gewalt betroffene Personen ihre Sicht auf die Tat und deren Folgen darlegen. So unterschiedlich die Geschichten auch sind, so sprechen sie doch für viele, deren Geschichten nicht erzählt und gehört werden und die keine Gerechtigkeit erfahren durften.

Auf grossen Leuchtkästen hängen 16 Plakate im Hänggitturm des Anna-Göldi-Museums, in dem früher Stoffe zum Trocknen aufgehängt wurden. Auf den Plakaten sind aussagekräftige Fotografien zu sehen. Sie laden dazu ein, mehr über die Schicksale der Betroffenen zu erfahren. Indem wir ihre Geschichten sichtbar machen, entlarven wir die Vergewaltigungsmythen und den Umgang mit sexualisierter Gewalt. Gestern wie heute. |

Die Ausstellung ist noch bis am 30. Oktober 2022 im Anna-Göldi-Museum in Ennenda, Kanton Glarus, zu sehen.

QUALITÄTEN DES HERZENS



© André Gottschalk

Didier Burkhalter war von 2009 bis 2017 Bundesrat. Ab 2012 stand er dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten vor. Er wurde 2014 zum Bundespräsidenten gewählt und hatte in dem Jahr auch den Vorsitz der OSZE.

Die wirklich beherzten Friedensförderer sind Frauen und Männer, die nicht nur das Technische beherrschen, sondern auch Werte hochhalten. Sie besitzen eine ganze Reihe von Werten und Fähigkeiten. In erster Linie brauchen sie ein grosses Selbstvertrauen, um anderen Vertrauen geben zu können. Dann brauchen sie Empathie, die Fähigkeit, zuzuhören und zu verstehen, um selbst in den schwierigsten Situationen dem Dialog Erfolgsaussichten zu geben. Auch brauchen sie eine grenzenlose Hartnäckigkeit, einen unermüdlichen Willen, ohne sich an einer Sache festzubeissen, eine tief verankerte Überzeugung, dass es eine Lösung gibt, wenn auch kaum sichtbar, auf einem Weg, der von Misserfolgen und Enttäuschungen gesäumt ist.

Schliesslich bedingt die Friedensförderung Bescheidenheit, die an Diskretion appelliert, an die eigene Unsichtbarkeit, damit jeder Erfolg der Erfolg aller Beteiligten wird.

Mit anderen Worten: Es sind vorwiegend die Qualitäten des Herzens, die dem Gesicht des Friedens das Lachen zurückgeben, dem Gesicht, das zu oft Folter ausgesetzt ist, zerfurcht durch wiederkehrende Wellen von Horror und Ungerechtigkeit, angeschwollen von Korruption und Rechtsunsicherheit.

Krisen und Kriege existieren, seit die Erde von Menschen bewohnt wird. Im Verlauf der letzten hundert Jahre haben Katastrophen eine weltweite Tragweite angenommen. Schon morgen steht das Überleben der Menschheit auf dem Spiel. Infolgedessen ist es richtig, der Friedenspolitik Priorität zu geben und jene zu unterstützen, die dafür an die Front gehen. Damit das edle und mysteriöse Gesicht unserer Erde immer wieder zu seinem Lachen zurückfindet. |

**ES SIND VORWIEGEND DIE QUALITÄTEN
DES HERZENS, DIE DEM GESICHT DES
FRIEDENS DAS LACHEN ZURÜCKGEBEN.**

Dieser zeitlose und wieder sehr aktuelle Text erschien in längerer Form als Vorwort im Buch von Anne Gloor: Frieden bauen. Geschichten von der Arbeit in Krisengebieten. 2019, Zytglogge Verlag.

AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig,
ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

**WEITERE NACHHALTIGE UND FAIRE PRODUKTE
AUF SHOP.AMNESTY.CH**

NEU!

SIGG-FLASCHE EDELGOLD

Klassische Sigg-Flasche aus Aluminium (0,6 Liter). Goldfarbige Lackierung mit glänzender Oberfläche. Swiss made.

Art. 2300.021.E / Fr. 25.–

Andere Farben unter shop.amnesty.ch erhältlich.



SCHLÜSSELBAND/UMHÄNGEBAND

Umhängeband (Lanyard) mit Karabinerhaken und Amnesty-Logo. Das Umhängeband ist praktisch für Schlüssel, Badges oder Ähnliches.

Hergestellt in Italien aus 100% recyceltem PET (Polyester).

Art. 2300.024 / Fr. 5.–



ESPRESSOTASSEN

Aus weiss emailliertem Steingut. Rand und Amnesty-Kerze in Schwarz. Höhe 7,5 cm, Inhalt 10 cl.

3er-Schachtel. Herkunft: Polen.

Art. 2300.046 / Fr. 30.–

REGENSCHIRM

Stahlstock mit Doppelautomatik, Schirm-Durchmesser offen: 97 cm. Herkunft: China.

Art. 2300.032 / Fr. 25.–



ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: _____ Strasse: _____

Ort: _____ E-Mail: _____

Tel.: _____ Unterschrift: _____

Mitglieder-/Kund*innen-Nummer: _____

Bestellungen an:
Amnesty International,
Postfach, 3001 Bern
oder auf
shop.amnesty.ch



© Simon Mäder

ZÜRICH PRIDE TRANS RECHTE IM FOKUS

Trans Menschen sind in letzter Zeit zu einem beliebten Ziel konservativer Politik geworden und sind weltweit zahlreichen Beleidigungen und Diskriminierungen ausgesetzt. Die Pride 2022 ist ihnen gewidmet.

Am 18. Juni dreht sich im Zürcher Stadtzentrum alles um trans Menschen: An diesem Tag findet der diesjährige Pride-Umzug durch die Innenstadt statt. Queeramnesty, eine ehrenamtliche Gruppe von Amnesty International, die sich vorwiegend zu Themen der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität engagiert, wird mit einem eigenen Wagen dabei sein. Zahlreiche Aktivist*innen und von ihnen betreute Geflüchtete werden am Umzug teilnehmen. Zum ersten Mal überhaupt liegt der Fokus des Wagens von Queeramnesty auf der rechtlichen Situation und den Herausforderungen von trans Menschen. Ziel ist, dass sie ihre Diversität künftig ohne Einschränkungen und Ausgrenzung leben können.

Der Zeitpunkt für den Umzug ist umso passender, als der Fokus des konservativen Kulturkampfes inzwischen von Lesben und Schwulen auf trans Menschen umgeschwenkt ist. So haben zahl-

reiche US-Bundesstaaten Gesetze verabschiedet, die ihnen das Leben schwerer machen. Dabei geht es vor allem um den Zugang zu Sportwettbewerben in Schulen sowie zu medizinischer Versorgung im Zusammenhang mit Geschlechtsanpassungen.

Das Zürcher Pride-Festival beginnt bereits am 17. Juni auf dem Kasernenareal, wo Queeramnesty mit einem Stand präsent sein wird. Auch an den Prides in Chur (4.6.) und Bulle (24.–26.6.) sowie in Friedrichshafen (23.7.) wird Queeramnesty mitmarschieren. Die Organisation freut sich über eine rege Beteiligung.

Ralf Kaminski

Weitere Details:
zurichpridefestival.ch, khurpride.ch, bullepride.ch,
queerfreiburg.de, queeramnesty.ch

SEXUALISIERTE GEWALT SEX OHNE EINWILLIGUNG IST EINE VERGEWALTIGUNG

Für den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung ist es entscheidend, dass sich in der Revision des Sexualstrafrechts die Zustimmungslösung «Nur Ja heisst Ja» durchsetzt. Eine repräsentative Umfrage von Amnesty und gfs.bern zeigt, dass die Mehrheit der Befragten diese Lösung unterstützt.

Der Ständerat debattiert in der derzeit stattfindenden parlamentarischen Sondersession die Revision des Sexualstrafrechts. Es ist unsere letzte Möglichkeit, das Parlament davon zu überzeugen, dass nur das Prinzip «Nur Ja heisst Ja», das für Sex auf der Grundlage von Zustimmung plädiert, die sexuelle Selbstbestimmung wirklich schützt. Die im Parlament vorgeschlagene «Nein heisst Nein»-Lösung würde eine Vergewaltigung nur dann als solche anerkennen, wenn das Opfer (verbal oder durch sein Verhalten) deutlich gemacht hat, dass es den Geschlechtsverkehr ablehnt. Diese Option ist unangemessen und realitätsfremd. Sie ignoriert insbesondere den Effekt des sogenannten «Freezing»: einer durch den Schock ausgelösten Erstarrung, die bei bis zu 70 Prozent der Gewaltopfer auftritt.

Auch die Schweizer Bevölkerung ist vom «Nein heisst Nein»-Ansatz wenig überzeugt. Laut einer im April dieses Jahres veröffentlichten Umfrage von gfs.bern sind 45 Prozent der Befragten der Meinung,

dass die Zustimmungslösung Gewaltopfer am besten schützt – nur 27 Prozent befürworten die «Nein heisst Nein»-Lösung. Ausserdem glauben mehr als 80 Prozent der Befragten, dass sie das Prinzip der Zustimmung in ihren sexuellen Beziehungen bereits anwenden.

Es ist an der Zeit, dass die Parlamentarier*innen den Wunsch der Bevölkerung berücksichtigen und das Gesetz entsprechend überarbeiten.

Cyrielle Huguenot

Unterzeichnen Sie unsere Petition und fordern Sie das Parlament auf, die Zustimmungslösung «Nur Ja heisst Ja» zu verabschieden, um die sexuelle Selbstbestimmung zu schützen und den Erwartungen der Gesellschaft gerecht zu werden!

PETITION

FÜR EIN KONSENS-BASIERTES SEXUALSTRAFRECHT

Das Schweizer Gesetz muss die sexuelle Selbstbestimmung schützen und jeden Geschlechtsverkehr ohne Einwilligung als Vergewaltigung anerkennen. Fordern Sie das Parlament auf, die Zustimmungslösung im Schweizer Sexualstrafrecht festzuschreiben.

**HIER UNTERSCHREIBEN
ODER VIA QR-CODE ZUR
ONLINE-PETITION**



	Name	Vorname	Adresse	Unterschrift
1				
2				
3				
4				
5				



UNGERECHTIGKEITEN ÜBERFLIEGEN

© Transalps

Mit einem Flug über die Alpen machen drei Gleitschirmflieger eines LGBTI*-Vereins auf Diskriminierung aufmerksam.

Von Grenoble nach Wien, von West nach Ost – nur vom Wind getragen: Dieser Herausforderung werden sich in diesem Sommer drei Gleitschirmflieger von Transalps stellen, einem LGBTI*-Verein, der für alle Formen der Diskriminierung sensibilisieren will. Alex, Andy und Michi möchten mit diesem Crowdfunding-Projekt Geld für eine Organisation sammeln, die gegen die verschiedenen Aspekte von Diskriminierung kämpft. Ihre Wahl fiel auf Amnesty International.

«Letztendlich geht es bei diesem Abenteuer um den Weg, nicht um das Ziel. Man sollte den Moment geniessen und nicht zu viel über das Vorankommen nachdenken. So haben wir die grösste Chance, dass alles gut geht.»

Andy, Gründer des Vereins Transalps

Auslöser für das Projekt war bei Andy, dem Gründer des Vereins, die «Black Lives Matter»-Bewegung aus den USA. Durch die zivilgesellschaftliche Bewegung wurde ihm das Ausmass der Diskriminierungen bewusst, die in Europa und insbesondere in der Schweiz herrschen: Sei es die Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern, der eingeschränkte Zugang zu Reproduktionsmedizin für LGBTI*-Paare

oder die Diskriminierung von Minderheiten bei Jobbewerbungen.

Andy hegt schon lange den Wunsch, mit dem Gleitschirm die Alpen zu überqueren. So entstand die Idee, die öffentliche Aufmerksamkeit, die diese sportliche Herausforderung erzeugen soll, zu nutzen, um für seine Anliegen zu sensibilisieren und Geld für Amnesty International zu sammeln. Die drei Gleitschirmflieger lassen sich zwei Wochen Zeit, um von Grenoble aus die Alpen zu überqueren. Die Regeln sind einfach: Sie dürfen nur fliegen oder mit ihrer Ausrüstung auf dem Rücken zu Fuss gehen. Mit zwei Ausnahmen: Sie dürfen Berglifte und Bahnen benutzen, wenn diese auf die Abhebeorte für ihren Weiterflug führen – und sie dürfen wetterbedingt Schutz zu suchen und eine Pause einlegen. Ein viertes Mitglied des Vereins, Luis, hat die Aufgabe, sie vom Boden aus zu begleiten und ihnen bei der Vorbereitung ihres Biwaks zu helfen.

Jean-Marie Banderet



Unterstützen Sie dieses Abenteuer mit einer Spende bis Ende Juli über nebenstehenden QR-Code!



© AI

UNSERE AKTION IM BILD

«Nur Ja heisst Ja»: Ein Sexualstrafrecht auf dem Zustimmungsprinzip fordern rund 100 Mitglieder und Aktivist*innen zum Abschluss der diesjährigen Jahreskonferenz von Amnesty Schweiz vom 14. Mai. Aus allen Landesteilen sind sie nach Bern gereist, um sich kennenzulernen, auszutauschen und mit spannenden Gästen zu diskutieren. In Workshops wurden Aktionsmöglichkeiten und Ideen für kommende Kampagnen gesammelt.



**AMNESTY
INTERNATIONAL**



FREIHEIT IST DER WERT, DER BLEIBT

Was Ihnen heute wichtig ist, soll morgen nicht vergessen werden.

Mit einem Legat oder einer Erbschaft setzen Sie ein Zeichen der Hoffnung für all jene Menschen, die unsere Unterstützung brauchen.

Gerne berate ich Sie persönlich, vertraulich und kostenfrei. Sie erreichen mich unter 031 307 22 69 oder per E-Mail an cvongunten@amnesty.ch.

Oder bestellen Sie mit dem Talon unseren neuen Nachlassratgeber. Senden Sie den Talon in einem Couvert per Post an:
**Amnesty International, Legate & Erbschaften
Speichergasse 33, Postfach, 3001 Bern**

Unter [amnesty.ch/legat](https://www.amnesty.ch/legat) können Sie den Testamentsratgeber auch als PDF herunterladen.

Ihre Chantal von Gunten Graf



Bitte senden Sie mir den kostenlosen Ratgeber «In die Menschenrechte investieren».

Vorname _____

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Name _____

Datum _____ Unterschrift _____

**Heute in die Menschenrechte
zu investieren, heisst, für
eine gerechtere Welt in der
Zukunft zu sorgen.**



AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern
T: +41 31 307 22 22 . contact@amnesty.ch
PC: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8
www.amnesty.ch